

Er erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 2,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummern
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage: „Neue
Welt“ 10 Pf. Postabonnement:
2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Kontinent 2 Mk. pr. Monat. Einzeln.
in der Post-Zeitungs-Vertheilung
für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonabend, den 28. Dezember 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar eröffnen wir ein neues Abonne-
ment auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Es ist die Pflicht eines jeden Parteigenossen, für die
Weiterverbreitung des Zentralorgans der Partei nach
Kräften thätig zu sein. Daß unser Blatt in bezug auf
politische Dinge vortrefflich informiert und häufig in der
Lage ist, Nachrichten zu bringen, die keinem anderen Blatte
zur Verfügung stehen, das ist allseitig anerkannt.

Ueber dem politischen und wirtschaftlichen
Theil werden aber die lokalen Vorkommnisse Berlins
keineswegs vernachlässigt. Die Besprechungen unserer kom-
munalen Angelegenheiten sowie die ausführlichen Berichte
über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung
bringen den Leser in die Lage, die Erscheinungen auf diesem
wichtigen Gebiet des öffentlichen Lebens genau zu verfolgen.
Der lokale Theil des „Vorwärts“ verzeichnet alle Be-
gebenheiten des Tages und giebt ein getreues Bild des
Berliner und Berliner Volkslebens, welches
in Berlin besonders starke Wellen schlägt.

Ebenso widmen wir dem Feuilleton die größte Auf-
merksamkeit. Jetzt veröffentlichen wir einen Original-
Roman aus der Gegenwart: „Clotilde“, von
G. W. von Walthausen, der in einer deutschen
Heldensstadt spielt und tiefe Blicke in das Leben der „guten
Gesellschaft“ thun läßt.

Den neuen Abonnenten wird der bereits gedruckte An-
fang dieses höchst spannenden Romans gratis nachgeliefert.
Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsvertheiler, so-
wie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen ent-
gegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
ments zum Preise von

3,30 M. für die Monate Januar,
Februar und März

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1896
unter Nummer 7277.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Sergius Stepaniak Todt.

London, den 24. Dezember 1895.

In der Blüthe seiner Jahre, in voller Manneskraft ist
gestern Vormittag ein Mann plötzlich vom Tod ereilt worden,
der im Kampf für die politische Freiheit Rußlands in vorderster
Linie gestanden. Sergius Michailowitsch Krawtshinsky —
Stepaniak war nur ein angenommener Name — ist durch einen
gräßlichen Unfall der Mission entzogen worden, der er sich hier
im Auslande geweiht: der Vermittlung zwischen der Freiheits-
bestrebungen in Rußland und den Freunden des politischen Fort-
schritts in Westeuropa.

Er hatte von seinem in Larnham Green, im äußersten
Westen Londons, gelegenen Hause nach Shepherd's Bush — eben-
falls ein Vorort im Westen Londons — gehen wollen,
um dort mit russischen Gefinnungsgenossen zusammenzutreffen,
als er, in Gedanken vertieft, beim Ueberschreiten eines Bahn-
körpers von einem gerade daher kommenden Eisenbahnzug erfasst
und sofort getödtet wurde. Wohl hatte der Lokomotivführer ihn
bemerkt und durch die Rostpfeife zu warnen versucht; aber
Stepaniak muß dies überhört haben, und ebenso erwies sich der
Versuch, den Zug durch Bremsen rechtzeitig zum Halten zu
bringen, als vergeblich. Ehe noch der Lokomotivführer die
Machinist zum Stillstand bringen konnte, war der Stifter und
geistige Mittelpunkt von „Frei-Rußland“ schon eine entsehrlich
verhüllte Leiche.

Der Schreiber dieses hatte noch am Abend vorher Stepaniak
in dessen Hause gesprochen. Eine Gesellschaft von Freunden der
russischen Freiheitsbewegung kam dort am Sonntag Abend
zu zwangloser Unterhaltung zusammen. Es waren zum Theil
Engländer, Angehörige der verschiedensten Parteien — Tories,
Liberals, Radikale, Sozialisten — die ich Sonntag dort traf,
wie ja auch die „Free Russia“ Engländer aller Parteirichtungen
zu Mitgliedern zählt. Stepaniak schien in bester Gesundheit und
besten Laune, weniger als sonst geneigt, zeitweilig sich in Ge-
danken zu verlieren. Er hat vor kurzem ein Buch vollendet, das
sowohl die Presse veranlaßt: „König Nikolai und König Storch“, eine
Studie über das moderne Rußland, aber wir kamen nicht dazu,
darüber zu sprechen, das Thema des Tages, der amerikanisch-
englische Konflikt, nahm auch hier das Gespräch völlig in Anspruch.
Von dem genannten Buch kann ich daher nur soviel sagen, daß
es Rußlands Zustände unter Alexander III. und die Probleme
und Alternativen schildert, vor welche die Regierung Nikolaus II.
sich gestellt sieht. Es legt die ganze Thätigkeit Stepaniaks in

Der Margarine-Geschenktwurf.

Seit 1887 das Gesetz betr. den Verkehr mit Erhaltungsmitteln
für Butter erlassen wurde, agitierten die Agrarier ohne Unterlaß
dafür, daß an Stelle dieses, ihnen nicht weit genug reichenden
Gesetzes ein solches komme, das ohne Rücksicht auf das Volk-
wohl die Margarinefabrikation vernichtet, weil sie dann höhere
Preise für Butter zu erzielen hoffen. Um die Regierung und die
öffentliche Meinung für ein solches Gesetz zu gewinnen, erklärten sie
die Margarine als ein ganz minderwertiges, elastisches Produkt,
vor dem sie, die guten Agrarier, das Volk schützen wollen. Da-
neben witterten sie mit heiligem Eifer gegen die Verfälschungen
und Betrügereien, die durch Verkauf von Mischbutter (Margarine
und Butter) ausgeübt würden.

Nun ist es gewiß unzweifelhaft, daß Butter mit Margarine
gemischt fälschlich als reine Butter verkauft wird und fälschlich
liegt es im allgemeinen Interesse, gegen diesen Betrug vor-
zugehen, weil durch ihn der Käufer unter Vorpiegelung falscher
Thatsachen zu höheren Ausgaben verleitet wird. Aber
nur diese Täuschung ist das, was zu bekämpfen
wäre; denn eine Schädigung des Käufers durch Verfeinerung
minderwertigen Materials tritt nicht ein. Das be-
stimmte die Motive und das dem Geschenktwurf beigefügte Gut-
achten des kaiserlichen Gesundheitsamts, das in streng wissen-
schaftlicher, objektiver Weise auf agrarische Profitwünsche keine
Rücksicht nimmt.

Da die Herstellung der Margarine gerade die Arbeiterklasse
interessieren wird — sind sie es doch, deren Lohn eben nur hin-
reicht, um sich Margarine anstatt Butter zu kaufen, — so sei
hier die Fabrikation nach den Angaben der Denkschrift kurz
skizziert.

Winterfett wird möglichst schnell nach dem Schlachten der
Thiere gewaschen, zerkleinert, mit Dampf bei 50 Grad Celsius
geschmolzen, durch Stehenlassen von den Häuten und anderen
festen Bestandteilen getrennt und nochmals mit Salzwasser ge-
waschen. Das so gewonnene Fett ist der sogenannte „premier-
jus“ (premiere Qualität, französisch, erstes Fett). Dieses Fett läßt
man 1-2 Tage bei 27 Grad Celsius stehen; in dieser Zeit
kristallisiert der schwer schmelzbare Theil des Rinderfettes, das Stearin
und Palmöl zum Theil aus, während der leichter schmelzbare Theil, das
Olein, flüssig bleibt. Dieser flüssige Theil wird durch starkes
Pressen von den Stearinkristallen getrennt, letztere werden zu
Kerzen verformt oder als Viehfuttermittel zum Fressen verwendet.
Das beim Pressen abfließende Öl ist das Oleomargarin,
das eigentliche Rohmaterial der Margarinefabrikation. Dieses
wird mit Neutral-Lard (ein gereinigtes Schweinefett),
Baumwollsaamen-Öl (Cottonöl), Sesamöl oder
Erbsenöl gemischt und dann mit Butterfarbe und Milch
innig gemengt. Die dickflüssige Mischung fließt in eine Rinne, wo
sie unter die eiskalten Rostpfeifen einer Brause gelangt, wobei
sie sich in eine lockere Fettsäure verwandelt. Nun wird sie mit
Salz gemengt, geknetet und geformt. Schon das Gesetz von 1887
bestimmte, daß höchstens 100 Gewichtstheile Milch auf
100 Gewichtstheile Fett zugesetzt werden dürfen, so daß die

Margarine höchstens 3,5 pCt. Butterfett (aus der Milch)
enthält.

Ueber den Werth des gewonnenen Produkts sagt die
Denkschrift des kaiserlichen Gesundheitsamts:

„Da bei der Margarineherstellung der größte Theil des in
dem Rinderfett enthaltenen schwer verdaulichen
Stearins abgeschieden wird und daneben nur leicht ver-
dauliche Oele verwendet werden, so ist vorauszusetzen, daß
auch die fertige, gewissenhaft hergestellte Margarine ein gut
verdauliches Nahrungsmittel ist. — Eine der
wichtigsten Aufgaben der Volksgesundheitspflege ist die
Sorge für die Volksernährung. Gute und reich-
liche Nahrung erhöht die Leistungsfähigkeit und die Wider-
standskraft des Volkes. Soll ein gutes Nahrungsmittel möglichst
weiten Kreisen Nutzen bringen, so muß es auch zu einem Preise
in den Verkehr gebracht werden, der die Herstellungskosten nicht
allzu sehr überschreitet und von den minder bemittelten
Klassen noch bezahlt werden kann.“

Die aus reinen Fetten mit der nöthigen Sorgfalt hergestellte
Margarine muß als ein gutes Nahrungsmittel
anerkannt werden, das im Handel ist, den weniger bemittelten
Klassen der Bevölkerung als Ersatzmittel für die Natur-
butter zu dienen. — Vom sanitären Standpunkte
ist gegen Margarine, welche aus reinen und guten Stoffen her-
gestellt wird, Bedenken nicht zu erheben. Thatsächlich sind
auch in den 20 Jahren, während welcher ununterbrochen die
Margarine als Speise- und Kochfett allgemeine Verbreitung
gefunden hat, Fälle von Gesundheitsschädigungen
infolge des Genusses von Margarine nicht
bekannt geworden.“

Ueber den Margarinefett, der aus Magermilch unter
Zusatz von Margarinefett hergestellt wird, in Deutschland be-
sonders seit 1890, schreibt die Denkschrift: „Vom Standpunkte
der Volksernährung läßt sich das von manchen Seiten
gewünschte gänzliche Verbot der Herstellung des Margarine-
fettes nicht rechtfertigen.“ Und über die Kunst-
speisefette heißt es: „Kunst- Speisefette, welche
die salbenartige weiche Beschaffenheit des Schweine-
schmalzes haben, enthalten nicht mehr Stearin als
das Schweinefett selbst und werden daher wahr-
scheinlich etwa gleich gut wie dieses vom men-
schlichen Organismus aufgenommen.“

Diese, von namhaften Physiologen und Chemikern getheilten
Aussagen werfen also das von den Agrariern künstlich
gepöbelte Vorurtheil gegen die Margarine über den Haufen.
Allerdings bleibt dann noch der Einwand, daß eben
nicht alle Margarine aus gutem Fett in der oben
geschilderten Weise hergestellt wird. Eine Anzahl Mollereien
haben dem Reichstage eine Denkschrift überreicht, in der be-
hauptet wird, die jetzt hergestellte Margarine sei schwer oder
nicht verdaulich, weil sie nicht nach dem ursprünglichen, 1869
von dem Franzosen Mège-Mourius erfundenen Verfahren
hergestellt werde, wobei fast sämtliches Stearin ab-
geschieden wurde, indem bei niedriger Temperatur als

den letzten Jahren, Zeugniß ab von einer Annäherung desselben
und der von ihm vertretenen Richtung an die russischen Liberalen.

Es proklamirte oder konstatirte eine Art ungezwungener
Kooperation zwischen diesen und den sozialistischen Revolutionären.
„Ihr Programm“, heißt es dort von Rußlands Liberalen, „ist
nicht das unsere, aber wir wünschen ihm besten Erfolg, weil es
gerade die gleiche Linie einhält wie das unsere und nur das
Ziel etwas weiter zurücksetzt.“ Das „Daily Chronicle“, dem ich
dieses Zitat entnehme, erlitt in dem Buch u. A. die Frucht, der
Rückwirkung entschiedener Einflüsse, unter anderem der englischen
Sympathien auf die Ansichten Stepaniaks hinsichtlich der Kampf-
methoden.“

In der großen Kampferpoche des Endes der sechziger Jahre
war Stepaniak-Krawtshinsky einer der kühnsten und energischsten
Männer der Zeit. Ein Bild aus seinem damaligen Leben
bildet den Grundstock seines den Lesern des „Vorwärts“ be-
kannten Romans „Die Laufbahn eines Nihilisten.“
Jahrelang führte er das Leben eines „Nihilisten“,
jahrelang stand er im Mittelpunkt der Bewegung, als Organisator
und Anführer in den gefährlichsten Unternehmungen,
jeden Augenblick gewärtig, den Tod von Hentershand zu erleiden
oder in ewige Gefangenschaft nach Sibirien abgeführt zu werden.
Es bleibe indes seinen Kampfgewissen aus damaliger Zeit vor-
behalten, im einzelnen zu schildern, was Stepaniak-Krawtshinsky
als Mann der revolutionären Aktion geleistet, die Engländer
verbinden seinen Namen mit den sensationellsten Thaten, welche
in jener Zeit zur Ausführung gelangten.

Als er endlich so kompromittirt war, daß er in Rußland
seinen Genossen nicht mehr von Nutzen sein konnte, suchte
Stepaniak das Ausland auf. Hier wandte er sich bald der
Schriftstellerei zu und veröffentlichte auf den sechziger Jahre
sein „Unterirdisches Rußland“ — ein Buch, dessen sentimentalischer
Charakter den weiter links stehenden Genossen des Verfassers nicht sehr
begehrte, das aber in weiten Kreisen des ausländischen Publikums
Sympathien für die dort geschilderte Partei und ihre Kämpfer
erweckte. Es hat jedenfalls dazu beigetragen, die „Free Russia“-
Gesellschaft zu stände zu bringen, die sich schon in mancher Hin-
sicht der Befreiungsbewegung in Rußland von Nutzen erwiesen
hat. Seit etwa 12 Jahren lebte Stepaniak in England, dessen
Sprache er sich zu eigen gemacht hatte, daß er nicht nur als
Redner sondern auch als Schriftsteller mit Sicherheit auftreten
konnte. Er hat unzählige Vorträge gehalten, sei es über die

*) Außer jenem Roman ist noch von größeren Arbeiten
Stepaniaks dessen bemerkenswerthe Studie über den russischen
Bauer in deutscher Sprache erschienen (Stuttgart, J. B. Metz).

politisch-sozialen Zustände, sei es über die Literatur seines
Heimathlandes. Er schrieb in viele Revuen und verkehrte, wie
er sagt, mit Vertretern aller Parteien, ohne indessen Augen-
blick seine sozialistische Gesinnung zu verleugnen. Er hat auch bei der
Wahldebatten im Hyde-Park gesprochen, und erst vorige
Woche war er Theilnehmer an einem intimen Banket der Mit-
arbeiter des „Aitard'schen Labour League“. Lange Jahre
gehörte er auch zu dem Kreise der Gäste unseres Friedrich Engels,
und niemand, der ihn vor vier Monaten bei dessen Leichen-
begängniß sah, hätte geahnt, daß der erst 42jährige Vertreter der
russischen Sozialisten so bald dem Veteranen der modernen Sozial-
demokratie folgen würde.

Stepaniak war außerst kräftig gebaut, so daß seine ohnehin
große Figur dadurch noch höher erschien. Auf breiten Schultern ruhte
ein mächtiger Kopf, den man nicht so leicht vergaß. Er vereinigte
in sich eine nicht gewöhnliche Kraft des Geistes, eine glänzende
literarische Begabung mit einer außerordentlichen Kraft der
Muskeln — letzteres zum Theil die Frucht der Willens-
stärke Stepaniaks. Denn als die Verhältnisse Rußlands
den Revolutionären der sechziger Jahre den Uebergang
zum äußersten Widerstand zu gebieten schienen, stählte
Stepaniak seinen Körper durch unermüdbare Uebung plan-
mäßig dazu, allen Anforderungen zu entsprechen, welche die neue
Thätigkeit erfordern mochte. Er war überhaupt ein Mann, der
reißlich zu überlegen, dann aber auch konsequent zu handeln
pflegte, und wenn die Haltung, die er in letzter Zeit eingenommen,
von manchen seiner früheren Genossen nicht durchgängig gebilligt
wurde, so ward doch nie bestritten, daß sie die Frucht christlicher
und auf gewissenhafter Ueberlegung beruhender Ueberzeugung
war. An seinem Eerge werden, neben der hingebenden Ge-
fährdung seines Lebens, alle Fraktionen der kämpfenden sozia-
listischen Bewegung Rußlands Leid tragen.

Die Leiche Stepaniaks wird nächsten Sonabend durch Ver-
brennung in Asche verwandelt werden, und unter denen, die bei
dieser Gelegenheit dem Andenken des Verstorbenen einige Ab-
schiedsworte widmen werden, wird auch die deutsche Sozial-
demokratie vertreten sein. Unsere Partei, für die Stepaniak stets
die größte Sympathie und Achtung bezeugt hat, kämpft in
anderer Weise, als es die Sozialisten Rußlands zeitweise zu thun
gewonnen waren. Aber sie kämpft für dasselbe Ziel wie jene,
und sie wird das Andenken derer hochhalten, die bei sich im
eigenen Lande und gegen das eigene Land ihre Pflicht gethan.
Das aber gilt im hohen Grade von Sergius Michailowitsch
Krawtshinsky. Man kann auf ihn mit recht in leichter Variante
mit dem Dichter sagen: Wer den besten seines Volkes genug ge-
than, der hat gelebt für alle Völker.

fehlt üblich das Kaffeebohnen vor sich ging. Das flüssigere Oleomargarin, das man damals erhielt, habe auch keinen Zusatz von Oelen gebraucht; es sei demnach durch Geseß zu verbieten, das Oleomargarin verwendet werde, welches bei einer höheren Temperatur als 45 Gr. C. abgeschmolzen wurde. Die Denkschrift des kaiserlichen Gesundheitsamts giebt zu, daß zu billigeren Sorten Margarine billigeres Fett, d. h. solche mit viel Stearinsäure verwendet werden und dann, um dieselben zu verflüssigen, mehr Del zugesetzt wird. Eine Gesundheitschädigung ist aber auch bei solchem Gemisch nicht zu befürchten, es sei denn der Konsument sei ohnehin schon magentranf. Wenn er aber arm ist, wird er sich trotz seiner Magenkrankung nicht Butter kaufen, sondern Schweinefleisch, das ebenso schwer verdaulich ist, oder Kumpfspeisefett. Daß für einen Magenkranken das leicht verdaulichste, von Stearin ganz freie Fett das Beste ist, wird niemand bestreiten. Die Agrarier sorgen aber doch wahrlich nicht dafür, daß die großen Schaaeren von Arbeitern, welche mangelnd sind, höhere Löhne erhalten? Und geben etwa die Gutebisher ihren Arbeitern Butter? Ist es nicht Thatsache — und in einer landwirthschaftlichen Zeitung als sehr verständlich gerufen — daß die Butter verkauft wird für das Gefunde Margarine gekauft wird?

Daß nicht etelchaste Fette von gefallenen Thieren verwendet werden dürfen, ist selbstverständlich; wir glauben auch nicht, daß solche Anwendung finden, da ihr abler Geruch sie in der Margarine verrathen würde. Der Gesehtentwurf fordert die Revision der Margarinefabriken; dagegen läßt sich nur einwenden, daß zu befürchten ist, sie werde nicht sachverständig genug ausgeführt werden, weil sie der Polizei übertragen werden soll. Zwar hat diese laut Entwurf das Recht, Sachverständige damit zu beauftragen; richtiger aber wäre es, man bringt die Polizei nicht erst in Verlegenheit, sich nicht für sachverständig zu halten, sondern überträgt die Revision denjenigen Organen, bei denen man größere Vorbildung für diese Aufgabe voraussehen kann: besonderen Sanitätsbehörden.

Der Entwurf verlangt auch, daß die Fabrikanten auf Erfordern Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Erzeugnisse und über die zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe, insbesondere noch über deren Menge und Herkunft geben sollen. Die Margarinefabrikanten laufen gegen diese Bestimmung Sturm: sie befürchten Verrath ihrer Fabrikationsgeheimnisse. Wir aber sehen in diesem Punkte nicht so schwarz und halten eine solche Kontrolle für sehr angebracht.

Vom Standpunkt des Allgemeinwohls aber ist zu fordern, daß nicht nur die Margarinefabrikation einer solchen ständigen Beaufsichtigung unterliege, sondern alle Betriebe, in denen Nahrungsmittel hergestellt werden, besonders die Backereien und die Wurstfabriken — und nicht zum wenigsten die Molkereien! Welche Unsauberkeit in manchen Bauernwirthschaften herrscht, ist bekannt. Gerade diese Unsauberkeit und der Mangel, daß alter, saurer Rahm verwendet wird, verursacht ja, daß die Bauernbutter weniger haltbar und gesund ist und schlechter schmeckt, als gute Margarine. Das spricht auch die Denkschrift des kaiserlichen Gesundheitsamts offen aus; sie erwähnt, daß nach Untersuchungen von Lassar in 1 Gramm Naturbutter 10—20 Millionen Keime von Bakterien sich fanden, in einem Falle sogar 47 Millionen Keime, während in 1 Gramm Margarine nur 750 000, nach anderen Untersuchungen 4 bis 6 Millionen Keime enthalten waren.

Aber nicht nur unsaubere und ungesunde Butter kommt auf den Markt, sondern in größter Weise verfälschte und zwar von den Produzenten und ohne Margarine verfälschte. In den hauerlichen Molkewirthschaften wird, wie die Denkschrift ganz richtig sagt, die Butter in fabriksförmiger, oft auch in gewinnstüchtiger Weise mit Wasser verfälscht und mit Salz; in den Gußmolkereien geschieht das gleiche. Butter soll nicht mehr als 15—16 Prozent Wasser, nicht mehr als 2,5—3 Prozent Salz und nicht weniger als 80 Prozent Fett enthalten. Die Denkschrift theilt mit, daß Butter mit mehr als 20 Prozent Wasser nicht selten ist und Butter mit 50 Prozent Wasser angetroffen wurde. Das Wasser wird unter Anwendung von Kunstklaffen eingeknetet, so daß der Käufer nicht merkt, wie er betrogen wurde! Häufige Verurtheilungen sind bereits erfolgt. Die Denkschrift sagt hinzu: „Die früher umfangreiche Butter-Ausfuhr von Deutschland nach England ist nach dem Urtheile Sachverständiger hauptsächlich wegen der schlechten Beschaffenheit, welche die dorthin ausgeführte Waare längere Zeit hindurch hatte, in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen.“ In den Motiven zum Gesehtentwurf wird diese Angabe wiederholt und als hauptsächlichste Verfälschung der hohe Wassergehalt angeführt!

Trotzdem giebt der Gesehtentwurf keine bestimmte Grenze für den Wasser- und Salzgehalt der Butter an, sondern ermächtigt nur den Bundesrath, Vorschriften zu erlassen. Es wird Aufgabe des Reichstages sein, mindestens für einen recht raschen Erlass solcher Vorschriften zu sorgen, damit den Butterfälschern, die ohne Margarinezusatz betrogen, das Handwerk gelegt wird.

Die übrigen Vorschriften des Entwurfs treffen Bestimmungen über Aufbewahrung und Verkauf von Margarine. Die Agrarier wollen, daß Butter und Margarine in gemeinsamen Räumen weder hergestellt, aufbewahrt, verpackt noch verkauft werden dürfen. Der Entwurf läßt die letztere, ganz unvernünftige

Forderung, durch welche der Kleinhandel mit Margarine lahmgelegt würde, fallen; die Agrarier haben bereits angekündigt, daß sie diesen Antrag wieder einbringen. Auch das Verbot der Verstellung von Margarine als Butter, zum Verger der Agrarier, nicht. Und gegen die von jenen geforderte Färbung der Margarine mit blauer oder rother oder brauner Farbe wendet er sich mit aller Entschiedenheit als eine ungerechte Forderung, deren Erfüllung der ärmeren Bevölkerung den Margarinegenuss verfehlen würde.

Im allgemeinen ist also der Entwurf nicht nach den Wünschen der Agrarier; diese wollen die Margarine verboten haben oder Mittel erhalten, um die unheimlichen Konfurrenten so zu schikanieren, daß sie das Geld behaupten und dann möglichst hohe Preise erzielen können.

Doch beeinträchtigt der Entwurf auch jetzt schon den freien Verkehr mit Margarine und stellt ihn unter Ausnahmestimmungen, denen andere Waaren nicht unterliegen. Aufgabe einer „ausgleichenden Gerechtigkeit“, von der unsere Staatssekretäre so gern reden, würde es daher sein, auch alle anderen Waaren, insbesondere den nächsten Nachbar der Margarine, die Butter, unter sorgfältigste Staatsaufsicht zu stellen. Es ist für die Verdaulichkeit der Butter wie ihren Werth auch von größter Bedeutung, ob sie von Weidewieh oder bei Stallfütterung gewonnen wurde und ob Hens oder auch Kühen, Kübenschnebel oder gar Kartoffelspäße (Rückstände der Stärkefabrikation) oder Leintuchen zur Fütterung der Röhre verwendet wurden. Eine Kontrolle der Molkewirthschaften und Molkereien würde sicherlich mehr belastendes Material zu Tage fördern als die Kontrolle der Margarinefabriken! Aber daß unsere Regierung die Agrarier mit solcher Beaufsichtigung in Verlegenheit bringt, brauchen sie nicht zu fürchten! Junter bleibt Trumpp!

Politische Uebersicht.

Berlin, 27. Dezember.

Zur Aktion gegen die Berliner Sozialdemokratie.

Die Erhebungen wegen der vom Gericht bestätigten vorläufigen Schließung der sozialdemokratischen Wahlvereine in Berlin sowie des Parteivorstandes werden fleißig fortgesetzt. Auf den 30. bezw. 31. Dezember sind die Mitglieder des als Verein erklärten Parteivorstandes vorgeladen, um als Beschuldigte in der Strafsache Auer und Genossen vernommen zu werden. Die Genossen Auer, Liebknecht und Singer — die außerdem noch geladenen Genossen Bebel und Gerich sind nicht in Berlin anwesend — haben dem Landgericht I mitgetheilt, daß sie der Vorladung keine Folge leisten werden, weil sie sich für verpflichtet erachten, die ihnen als Mitglieder des Reichstages auf Grund des Art. 81 der Reichsverfassung zustehenden Rechte nicht preiszugeben. Der Art. 81 der Verfassung bestimmt, daß kein Mitglied des Reichstages während der Dauer der Session ohne Genehmigung des Reichstages in Untersuchung gezogen werden darf. Unter Berufung auf diese Verfassungsbestimmung haben die vorgeladenen Genossen dem Gericht anheimgegeben, die Genehmigung des Reichstages zur Führung der gegen sie beabsichtigten Strafverfolgung einzuholen.

Selbst den Braunweiler-Prozeß sucht die Reaktion zu ihren Zwecken auszunutzen. Während fast in der gesamten Presse von der Reaktion bis zur Linken die Zustände in dem Arbeitshause zu Braunweiler als unverträglich mit den gesetzlichen Bestimmungen und mit der Menschlichkeit gebrandmarkt werden und dem Redakteur Hofrichter Dank gezollt wird für sein mannhaftes Auftreten, versucht die „Nordd. Allg. Ztg.“ daraus die Nothwendigkeit einer Strafverschärfung in Arbeitshäusern zu deduzieren:

„Die Frage steht daher nicht so, wie man in schwachmüthiger Humanität jetzt verfährt, daß „unmensliche“ Strafen in der Braunweiler Anstalt offiziell angewandt wären, sondern so, daß das Geseß die Anwendung der Disziplinarmittel verbietet, welche bis in die höheren Stellen heraus die Verwaltungsvorgänge nicht entbehren zu können erklären und daß das untere Personal dann contra legem (gegen das Geseß) thut, was es cum lege (mit dem Geseß) nicht thun kann. Man hätte glauben sollen, daß, wenn die Presse den „Fall Braunweiler“ behandeln wollte, sie sich auch allgemein mit dieser Seite der Sache befaßt hätte, statt unter Berufung auf humane Gefühle das Mittel für die armen Gezüchteten wachzurufen, d. h. für Leute, die sich selbst aus der Gesellschaft ausgeschlossen haben. Viel näher hätte es gelegen zu untersuchen, ob nicht gerade dieser „Fall“ erweise, daß die gestützte Welt zum Schutze gegen moralisch gesunkene, verkommen und arbeitsscheue Individuen auch solcher Zuchtmittel nicht entbehren kann, die allerdings in den Kodex einer überspannten Humanität nicht passen wollen.“

Also: Mumbinde, Zwangsjacke, Cackotte und Prügelstrafe sollen künftig gesetzlich für die Arbeitshäuser eingeführt werden — das ist der letzte Schluß dieser norddeutsch-

allgemeinen Reptilienweisheit. Der Vorschlag paßt trefflich in eine Zeit hinein, in der die Vorkämpfer der Reaktion stets und ständig die blutige Gewalt auch als politisches Heilmittel predigen. Um diesen neuesten Vorschlag recht zu würdigen, muß man bedenken, daß es sich nicht um Verbrecher handelt, die mit jenen Strafen bedacht werden sollen, sondern um Unglückliche, die durch Arbeitslosigkeit und sonstiges Mißgeschick zum theil ihre Arbeitskraft, zum theil sogar ihren Verstand verloren haben. Solche Leute bedürfen zu ihrer Leitung eine zwar strenge aber menschliche Behandlung. Was das Reptilienblatt empfiehlt, ist die Schreckensherrschaft über Sklaven, verschärft durch Folterqualen.

Im Venezuela-Zwist wird sogar durch Freunde des Präsidenten Cleveland bereits abgewiegelt. Der Senator Gray, ein sehr intimer Freund Cleveland's, erklärte telegraphischen Nachrichten zufolge, daß die Votschaft des letzteren überall mißverstanden worden sei. Amerika wolle England absolut nichts vorschreiben. Die ernannte Kommission habe lediglich die Aufgabe, die amerikanische Regierung und das Volk zu informieren. Niemand verlange, daß die Kommissionsarbeiten für England bindend seien.

Mit einer solchen Erklärung könnte, falls sie auch durch die berufenen Organe der Vereinigten Staaten erfolgte, sich auch England zunächst zufrieden geben. Denn die Einholung von Informationen in Venezuela wird man den Vereinigten Staaten ebenso wenig wie einem anderen State verwehren wollen.

In Venezuela selbst geht indeß der Entrüstungssturm noch hoch einher. Nach einer Depesche der „New-York World“ aus Caracas hat am Mittwoch dort eine große Kundgebung gegen die Engländer stattgefunden. Der Minister des Innern hielt eine Rede, in der er betonte, Venezuela würde sich nur einem Schiedsgerichte unterwerfen oder, falls ein solches nicht bewilligt würde, zu den Waffen greifen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika machen Ernst mit dem Bollkrieg gegen Deutschland. Der Zoll auf verschiedene Waaren, insbesondere auf Wolle und Wollwaaren soll bedeutend erhöht werden. Das ist die Antwort auf die dänische Ausperrung amerikanischer Fleischwaaren und sonstiger Lebensmittel aus Gefälligkeit für unsere Junker, welche dem Volk keine billigen Nahrungsmittel zukommen lassen wollen. So muß die deutsche Industrie für die Begehrlichkeit unserer Junker büßen.

Die telegraphischen Mittheilungen aus Washington sagen über die Weiterentwicklung der Zollrevision:

Der Bericht der Budget-Kommission über Cleveland's Finanzbotschaft wurde dem Repräsentantenhause am 26. Dezember vorgelegt. Der Bericht bezeichnet die unzulänglichen Staatseinkünfte als Hauptursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Während der ersten Hälfte des laufenden Finanzjahres würde das Defizit ungefähr 20 Millionen Dollars betragen. Die Mehrheit der Kommission spricht die Hoffnung aus, daß der Zolltarif für das Staatsjahr 1897/98 einer Revision im Sinne von Schutzöllen unterzogen würde. Dies sei aber augenblicklich unmöglich. Infolge dessen schlägt sie eine Zollerhöhung und einige andere Veränderungen in der Wilson-Bill vor. Die Zollerhöhung wird danach 8 Millionen Dollars und die Zollölle 23 Millionen Dollars ergeben. Die Kommission empfiehlt einen Zoll von 6,6 Cents pro Pfund ungewaschener Wolle, von 32 pCt. auf Teppichmole und von 15 pCt. auf Bauholz (Lumber). Die Kommission beantragt dringlich, den Schatzsekretär zur Ausgabe kurzfristiger dreiprozentiger Bonds zu ermächtigen, und empfiehlt die Ausgabe von Staatsschuld-Zertifikaten, zahlbar in drei Jahren mit dreiprozentiger Verzinsung im Höchstbetrage von 50 Millionen Dollars, um die gegenwärtigen Fehlbeträge zu decken. Das Haus nahm mit 208 gegen 81 Stimmen die Tarifreform-Bill an. Danach zählt die jetzt freie Hochwolle der Klassen 1 und 2 60 pCt. der Säge des Mac Kinley-Tarifs von 1890 und Wolle der Klasse 8 den vollen Satz von 1890. Wollenwaaren zahlen also Zuschlag zum jetzigen Zoll 60 pCt. der spezifischen Gewicht- oder Flächenmaßhölle des Mac Kinley-Tarifs. Nur Teppiche und ähnliche Wollfabrikate zahlen als Zuschlag den vollen Flächenmaßhölle des Mac Kinley-Tarifs. Das jetzt freie Holz und Holzwaaren zahlen 80 pCt. der Mac Kinley-Säge, alle übrigen zollpflichtigen Waaren außer Zucker sind mit einem Zollzuschlag von 15 pCt. der gegenwärtigen Zollsätze belegt.

Der südafrikanischen Republik oder dem Transvaal, wie sie auch genannt wird, drohen durch die englischen Einwanderer, die das Goldfieber ins Land gezogen hat, arge Unannehmlichkeiten. Telegraphisch wird aus Johannesburg unter dem 26. d. M. gemeldet:

Ein Manifest der „Nationalen englischen Vereinigung“ an

16 Clotilde. (Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von
H. W. M. von Balthausen.

Georgine ging ins Haus, kam aber sehr schnell in Mantel und Hut zurück, beides auch Clotilde mitbringend. Niemand sah und ahnte, daß sie ein unscheinbares Packet auf ihrem Rücken trug. Was wollte sie damit?

Brambach empfahl sich ehrerbietig beim Bürgermeister und dieser geleitete Georgine und Clotilde noch bis zur Allee, wo der Weg nach dem Schlosspark abbog.

„Welch tödliche Lust!“ sagte Clotilde tief aufathmend.

Der Abend des schönen Septembertages begann hereinzudämmern. Tiefe Stille herrschte ringsum. Die mächtigen Bäume zu beiden Seiten hatten ihre Zweige ineinander verflochten und die schurrgewölbte Allee bildete ein Laubgewölbe, aus dem Duft und Röhle herniederwogte.

Clotilde fühlte sich überglücklich, von dem ungewohnten Tafellärm in ein Zauberland der Poesie versetzt zu sein und jubelte mit übersprudelnder Freude hervor: „O, wie bin ich froh, dem langen Stillsitzen enttrübt zu sein!“

„Da haben Sie Recht, Fräulein,“ antwortete ihr der Bürgermeister zärtlich: „Man athmet hier in vollen Zügen frische, heilsame Luft.“ Er fühlte wirklich das Bedürfnis, in der freien Natur die ihn erdrückende Weinguth zu jaggen ab dampfen zu lassen. Er athmete lang und hörbar auf.

Daß er, wie so viele Männer in dieser Verfassung, die Vorzüge des starken Geschlechts ganz besonders glänzend zeigte, in der großen Liebenswürdigkeit den Damen gegenüber, dies bewies eben, daß er ein kompletter Gentleman war, der sich beim Wein Damen gegenüber nie etwas erlaubt.

„Ja, ja, Fräulein, ich habe doch Ihren geheimen Wunsch errathen und erfüllt, indem ich Sie hinaus, hierher in die erquickende Abendstille führte.“

„Ach ja,“ nickte Clotilde still zufrieden, und blickte durch

das Blätterdach empor in den reinen Himmel, der den ersten Stern zeigte. „Ist es nicht,“ fuhr sie fort, „als schide die Nacht, wie eine Königin ihre Dienerin, die Dämmerung im grauen Gewande, voraus, um die Zeit der Ruhe, das Nahen der gewaltigen Herrscherin zu verkünden?“

„So ist es,“ versetzte ihr Begleiter, ebenfalls zum Himmel aufblickend. Die Natur ist groß und schön, doch schöner noch ist es, wenn ein reines Gemüth ihre Wunder uns poetisch schildert.

Georgine ging still und schweigend neben den beiden. In ihrem Innern sprach es um so lauter. Auch sie athmete auf, als könne sie in der Ruhe und Stille, die sie hier umgab, Beruhigung einathmen. Etwas ruhiger war sie schon. Der Major war todt.

Mit furchtbaren Gewissensbissen hatte sie bei Tafel gegessen. Das Gefühl der Menschlichkeit hatte sich in ihr geregt, sie machte sich Vorwürfe, daß sie den Major so unarmherzig seinem Schicksale überlassen. — Er hatte gewiß elend gemartert, gelitten, ohne daß eine hilfreiche Hand seine Qual gemildert. Aber gerade dies beruhigte sie etwas, sie athmete auf. Sie hatte gezittert vor der zu frühen Entdeckung, der verrätherischen Anklage des Majors selbst, vor dem Mißlingen ihrer That. Jetzt war der Hauptmüßwiler stumm, sie konnte jetzt unbefangener und dreister auftreten. Und sie that dies, indem sie begann:

„Auch ich bin Ihnen, Herr Bürgermeister, sehr dankbar, daß Sie mir einen Gang ins Freie gerathen. Hier habe ich ein wenig Kraft und Ruhe eingefogen, um dem unendlich traurigen Anblick, der meiner im Hause wartet, etwas gefasster entgegen zu gehen.“

Er soll Dir erspart werden, dachte sie sich der Angeredeten, laut sagte er dann: „Ergeben Sie sich noch eine Zeit lang außer dem Hause, ich muß jetzt fort, da mich die Pflicht ruft, gewisse Anordnungen und Anstalten zu treffen.“

Mit großer Höflichkeit verabschiedete sich der erste Mann der Stadt von den beiden Damen und ging eilig den entgegengesetzten Weg zurück.

11.

Was aber hatte Georgine vor? Sie betrat einen Seitenweg, der in den Park führte und ging direkt auf das Schloß zu. Sie wollte ihre Freundin Blanka von Bohemid aufsuchen. „Clotilde, wir wollen zu Blanka gehen, bitte sie doch darum, daß sie Dir das Album ihrer Ahen zeigt — instruierte Georgine ihre Tochter auf dem Wege dahin.“

Clotilde war nicht besonders erbaud von dieser Eröffnung. Es war ihr, als würde sie aus schönen, erhebenden Träumen in eine häßliche Wirklichkeit herabgezogen.

Blanka hatte ihr nur zu oft schon etwas angehängt, und ihre kindliche Unerfahrenheit als Dummheit gebrandmarkt. Vorzüglich hatte es ihre zarten Mädchenanschauungen verlegt, daß Blanka sich immer dem Dr. Langenberg so aufgedrängt hatte; die war doch viel zu alt für ihn und legte nicht einmal die Hochachtung an den Tag für einen so geschiedten Mann, den Clotilde gerade zu verehren mußte.

Blanka war sehr erfreut, als ihr Besuch eintraf. „Das ist schön, daß Du kommst, Georgine! Du bringst mir gewiß viel Neuigkeiten,“ bewillkommnete Blanka ihre Freundin.

Georgine sahien hier wie zu Hause zu sein, sie warf sich in einen der verschönten Stühle, der in der Nähe eines Wandspiegels stand.

Das ganze, reiche Meublement des großen, hohen Zimmers war im barocksten Rokoko gehalten. An den Wänden hingen lebensgroße Oelgemälde in geschweiften Rahmen. Es waren die Bilder der Ahen derer von Bohemid. Die Decken und Bezüge der Ottomanen und Stühle waren von rothgelbem Damast. Auf Konsolen und kleinen Tischchen standen alterthümliche Vasen, Geräthe und Nippachen. Das ganze Zimmer glich einem Schmuckkasten, alles sauber und wohlgeordnet.

Blanka war eben dabei, einem zierlichen Kästchen einige niedliche Statuetten zu entnehmen, und die Aufstellung der-

Das Volk von Transvaal fordert die Errichtung einer wahren konstitutionellen Republik mit Freiheit und gerechter Vertretung, mit Gleichstellung der holländischen und englischen Sprache, unabhängigen Gerichten und Freihandel für afrikanische Produkte. Eingeführte Einwohner bemühen sich die öffentliche Meinung zu beruhigen gegenüber Gerüchten über den Plan einer Erhebung der Fremden im Transvaal. George Albu hielt eine Ansprache, in welcher er zugab, daß eine Reform der Regierung nötig sei, jedoch die Anwendung von Gewalt bekämpfte; diese würde nur Blutvergießen und Plünderung des Eigentums der Eingewanderten und Fremden durch die verbrecherischen Klassen Johannesburgs herbeiführen. Redner appellirte an den gesunden Sinn der Fremden, sie möchten die schrecklichen Folgen einer Revolution abwenden, bevor sie handelten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Der Interessengegensatz, der sich im Transvaal herausgebildet hat, ist: die ältere holländische Bevölkerung holländischen Ursprungs (mit starker Beimischung oberdeutscher und französischer Engländer), die Buren, wie sie sich selber nennen, und die englischen Einwanderer, die nicht als eigentliche Ansiedler, sondern als Händler und neuerdings hauptsächlich als Goldsucher ins Land gekommen sind. Auf diese Leute suchte sich die englische Regierung vor zwölf Jahren bei ihrem verunglückten Annerkennungsvorstoß zu stützen. Die letzten Jahre haben die Zahl der englischen Einwanderer erheblich anschwellen lassen, und da die Engländer nicht sind wie die geduldeten Deutschen, denen durch bürokratische Bevormundung das wahre nationale Selbstgefühl, das mit dem auch bei uns heimischen Chauvinismus nicht verwechselt werden darf, völlig ausgehtrieben ist, so beanspruchen sie die nationale Gleichberechtigung im Transvaal. Da die Engländer durch Einwanderung sich stetig vermehren, werden die Buren ihnen schwerlich lange Widerstand leisten können, und dann ist Transvaal tatsächlich, wenn auch nicht dem Namen nach, englische Kolonie.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Rudolstadt wurde am 21. Dezember unter Ausschluß der Öffentlichkeit von der Strafkammer der Redakteur des „Saalfelder Volksblatt“, Genosse Karl Wagemann, wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Maler Christian Lorenz aus Saarlouis warf am Sedantag in angelegter Stimmung in der Wirthschaft „Zum Schiff“ in Mannheim die Wästen des Kaiserpaars, die der Tapetendrucker Kurz vor sich auf einen Tisch gestellt hatte, mit einem Aufwischlappen zur Erde, so daß sie in Trümmer gingen, wobei er bemerkte, ein richtiger Arbeiter laufe nicht solche Wästen, sondern Wästen von Mary und Laffale. Er that noch weitere Äußerungen, die sich nicht wiedergeben lassen. Lorenz wurde von der Strafkammer in Mannheim zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

In der vom Staatsanwalt erhobenen Anklage gegen Pastor Pfaunkuche in Wunstorf ist vom Landgericht Hannover und dem Oberlandesgericht Celle entschieden worden, die Klage sei abzuweisen, da in den Worten, die am 27. Januar 1891 in der Konfirmationsstunde gefallen sein sollten, eine Majestätsbeleidigung nicht gesehen werden könnte.

Deutsches Reich.

Die Entziehung des Wahlrechts wegen Armenunterstützung wird in Deutschland sehr verschiedentlich gehandhabt. Aus dem Bericht von Dr. Berthold über das Ergebnis einer Umfrage bei einer größeren Anzahl von Armenverwaltungen geht hervor, daß in Bezug auf das Reichswahlrecht die Verschiedenheiten jedes sichtbaren inneren Grundes ermangeln. Beispielsweise begründet vorübergehende Unterstützung in Preußen den Verlust des Landtagswahlrechts, in Württemberg, Baden und Hessen nicht (oder nicht immer); dennoch ist für die Reichswahlen vielfach gerade in Preußen eine mildere, in Süddeutschland eine strengere Auffassung maßgebend geworden. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat im Jahre 1874 sich dahin ausgesprochen, daß Schreimittel-Freiheit nicht den Wahlabschluß begründet, ohne daß jedoch dieser Meinungs-Äußerung autoritative Geltung beigelegt worden wäre. Frankfurt a. M. hat eine ortskautarische Regelung versucht. Wie wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, hat nun der Landgerichtsrath Dr. Schröter dem „Deutschen Verein für Wohlfahrt und Armenpflege“ über diese Angelegenheit einen Bericht erstattet, in dem er zwar eine reichsgerichtliche Beseitigung der bestehenden Willkür für notwendig erklärt, aber nicht im

selben auf den fast überladenen Pfeilertisch befandete ihren guten Geschmack.

„So“, sagte sie, „ist das nicht nett? Ich sehe mich nun zu Dir und nun erzähle“, und schon hatte sie an Georginen's Seite Platz genommen.

„Der König war also heute bei Brambach's?“

„Bitte, bei Kommerzienrath Brambach“, verbesserte Georgine.

„Wie? Er ist — da bist ja auch Du —“

„Fran Kommerzienrathin“, sagte stolz Georgine. „Aber noch mehr.“

„Noch mehr?“

„Ja, mein Mann hat einen Orden bekommen und noch mehr.“

„Noch mehr?“

„Auch eine Subvention aus der Staatskasse für das Regierungsblatt bekommt mein Mann, Dir darf ich es vertrauen, Du sprichst nicht davon.“

O wir vom Hofe wissen Staatsgeheimnisse zu bewahren, sagte Blanka mit einem Seitenblick auf Clotilde.

Clotilde hatte im Spiegel diesen Blick gesehen und wandte ihre Augen den Ahnenbildern zu. Da fiel ihr der Auftrag der Mutter ein, und da sie merkte, daß sie den beiden Erzählerinnen eine unbequeme Zuhörerin war, drängte es sie, sich mit etwas zu beschäftigen.

„O die wundervollen Bilder!“ begann sie, „Tautchen, darf ich Sie bitten, mir das Album zu zeigen, das die Bildnisse Ihrer Ahnen enthält.“

„Sehr gern“, sagte aufstehend Blanka, „aber das eine möchte ich Dir sagen, daß ich mir den Namen „Tautchen“ verbitte. Erstens bin ich nicht alt genug dazu, zweitens erwarte ich auch von Dir, daß Du mich meinem Range und Stande nach „gnädiges Fräulein“ titulirst. Du bist zwar noch ein Kind, aber Du wirst immer größer und es wird Zeit, daß Du seinen Takt und guten Ton Dir aneignest.“

„Du mußt der Tochter des jüngsten Kommerzienrathes noch etwas Nachsicht schenken, daß sie in der Hofetiquette zirkelt“, sagte Georgine nicht ohne Schärfe.

Blanka war indessen an die Seitenwand des Zimmers getreten. Was wollte sie dort? Man sah nur die lahle Tapete an dieser Stelle.

Sinne einer Abschaffung der bestehenden Beschränkung. Er beschränkt sich darauf, gewisse Arten von Unterstützung von der Wirkung des Wahlrechts Verluste auszunehmen und schlägt dem Verein folgende Resolution vor:

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit erachtet den Verlust eines Wahlrechtes für erwünscht, welches die Bestimmungen im § 3 Nr. 3 des Reichstags-Wahlgesetzes vom 31. Mai 1866 wie folgt deklarirt:

1. Für den Verlust des Wahlrechts kommt nur diejenige Armenunterstützung in Betracht, welche dem Unterstützten selbst oder einem alimentationsberechtigten Familiengliede desselben gewährt ist.

2. Die einem alimentationsberechtigten Familiengliede gewährte Unterstützung wird jedoch dem Familienhaupte dann nicht angerechnet, a) wenn das Familienglied sich bereits in thatsächlich selbstständiger Stellung außerhalb des Familienhaushalts befindet, b) wenn das Familienglied sich infolge von Krankheit oder Gebrechen in voransichtlich dauernder Verpflegung in einer Anstalt befindet.

3. Für den Verlust des Wahlrechts kommen diejenigen Unterstützungen nicht in Betracht, welche lediglich gewährt werden, a) zu Erziehungs Zwecken, b) in der Form freier ärztlicher Behandlung, freier Verabreichung von Arzneien und Heilmitteln.

4. Der Verlust des Wahlrechts tritt dann nicht ein, wenn die gewährte Unterstützung vor Auslegung der Wählerliste zurückgezogen worden ist.

Im übrigen sollen die bestehenden bleibenden Gärten dadurch gemildert werden, daß die Armenverwaltungen nach Möglichkeit aus Stiftungs- und privaten Mitteln Fonds bilden, um in geeigneten Fällen aus ihnen, statt aus öffentlichen Mitteln die Unterstützung zu gewähren.

So weit Dr. Schröter. Enthalten seine Vorschläge auch eine Milderung der bestehenden Härten, so genügen sie doch nicht. Nur die völlige Umwandlung der heutigen Armenunterstützung aus einer Gnade in ein Recht auf Unterhalt kann die bestehenden Mißstände beseitigen und gleichzeitig der Gefahr einer Wahlbeeinflussung der Armen durch die Unterstützungsspenden vorbeugen.

Ueber die Vorgänge innerhalb der konservativen Partei, bei denen es sich um Herrn Stöder handelt, berichtet die „Köln. Volkszeitung“: Die konservative Partei des Abgeordnetenhauses wird alsbald nach dem Zusammentritt des Landtages Stellung zu nehmen haben zu der Frage, ob der Abg. Stöder noch länger Mitglied der konservativen Partei bleiben solle. In dem Eifer-Ausschuß hatte, wie man jetzt erst erfährt, Graf Schlieffen (Sonditten) den Antrag gestellt, Stöder solle freiwillig auscheiden, um der konservativen Sache erhalten zu bleiben. Graf Kirchbach als Vorsitzender wies den Antrag aber mit der Begründung zurück, daß der Ausschuss mit der Annahme desselben seine Zuständigkeit überschreiten würde; Stöder sei von dem Parteirath der Berliner Konservativen in den Parteivorstand und von diesem in den Eifer-Ausschuß gewählt worden. Der Oberkammerer und Reichstags-Abgeordnete Prinz Hohenzollern (Döhringen), welcher mit der Abfassung einer Denkschrift über den Fall Stöder für den Kaiser beauftragt war, bestand nun darauf, die Frage wegen Ausschließung Stöder's aus der konservativen Partei vor die Reichstagsfraktion zu bringen, welche denn auch am 12. Dezember über die Angelegenheit verhandelte. Dabei wurde die Zeitung „Volk“ arg mitgenommen und namentlich deren vielfach erwähneter abfälliger Nekrolog auf den Minister v. Köller scharf verurtheilt, die kurz zuvor erschienene Erklärung Stöder's, daß ihm eine direkte Einwirkung auf „das Volk“ nicht zustehe, als durchaus ungenügend bezeichnet. Der „Fall“ selbst wurde zur endgültigen Entscheidung an die Landtagsfraktion verwiesen, welcher Stöder angehört, während er bekanntlich nicht Mitglied des Reichstages ist.

Aus alledem geht hervor, daß hofisch-gouvernementale Einflüsse auf die Beseitigung des Herrn Stöder hinarbeiten. Und der Mann paßt doch so trefflich in das hofisch-gouvernementale Intriguenpiel hinein!

— Zur Handwerks-Gesetzgebung wird der „Köln. Volkszeitung“ geschrieben:

Im preussischen Handelsministerium wird eifrig an der Herstellung des Entwurfs, betreffend die Organisation des Handwerks gearbeitet; täglich finden mehrstündige Konferenzen zwischen Beamten des Handelsministeriums und des Reichsamts des Innern statt, und was darin nicht erledigt wird, fällt den einzelnen Referenten als Hausarbeit zu. Es versteht sich von selbst, daß der Entwurf auf einer Grundlage ausgearbeitet wird, von welcher man annimmt, daß sie der Mehrheit des Reichstages genehm ist. Die Frage ist, welches Schicksal der Entwurf im Bundesrath haben wird, selbst wenn die preussische Regierung, wie zu erwarten ist, für denselben eintritt. Bei der Beratung der Handwerkskammer-Vorlage machte der Minister von Bötticher schon darauf aufmerksam, daß die Meinungen unter den verschiedenen Regierungen über die Organisationsfrage voransichtlich nicht von vornherein übereinstimmen werden, und er nahm daher für die Beratung im Bundesrath eine Winkeldauer von vier Wochen in Anspruch. Einzelne größere Regierungen werden schon jetzt als Gegner einer Zwangsorganisation genannt; indes müßte es doch merkwürdig zugehen, wenn die preussische Regierung nicht die Mehrheit im Bundesrath finden sollte.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ scheint durch den Abdruck vorstehender Notiz ihre Wichtigkeit bestätigen zu wollen.

— Bildung neuer Stadtkreise in Preußen. Die Kreisordnung glebt Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (nur in der Rheinprovinz ist die Grenze 40 000, in Westfalen 30 000 Einwohner) das Recht, einen eigenen Stadtkreis zu bilden. Die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung berechneten nun mehrere preussische Städte, aus dem Kreisverbande auszutreten. Die Stadt Solingen hatte schon vor einigen Monaten Verhandlungen wegen ihres Austrittes eingeleitet, und diese waren bereits, ehe die Volkszählung die Bestätigung der dazu erforderlichen Einwohnerzahl brachte, so weit gediehen, daß die Aufhebung aus dem Landrathlichen Kreise und die Bildung eines eigenen Stadtkreises zum 1. April l. J. beschlossen wurde. Wenn der Austritt erfolgt ist, wird der Regierungsbezirk Düsseldorf nicht weniger als 9 Stadtkreise neben 16 durch Landräthe verwalteten Kreisen umfassen, nämlich Barmen, Grevel, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, M. Gladbach, Merscheid und Solingen. Die Stadt Gelsenkirchen in Westfalen hat die Zahl von 30 000 Einwohnern überschritten. Magistrat und Stadtverordnete haben sofort beschlossen, den Antrag auf Auscheiden aus dem Landkreise und Bildung eines eigenen Stadtkreises zu stellen. Gelsenkirchen ist noch eine sehr junge Stadt; im Jahre 1850 zählte das Dorf G. nur 844 Einwohner, 1874 wies die kurz vorher zur Stadt erhobene Gemeinde 7576 Einwohner auf, und heute sind es deren 31 685. Im Stadtgebiete liegt die Freie Hibernia, die in den 50er Jahren von den Engländern angelegt wurde; ihr ist die schnelle Entwicklung des Ortes hauptsächlich zu danken. Im Regierungsbezirk Aachen, zu dem Gelsenkirchen gehört, giebt es zur Zeit drei Stadtkreise, Völkum, Dortmund und Hagen. In den Ostprovinzen haben Posen, die bekannte Industriestadt der Leinwand, jetzt zum Kreise Sorau gebürt, und Stargard in Pommern die Berechtigung zum Austritt aus dem Landkreise erlangt.

— Prenzlau, 26. Dezember. Landgerichtsrath Alisch, Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde, ist gestern an Herzlähmung plötzlich gestorben.

— In Thüringen ist in einer ganzen Reihe von Städten in letzter Zeit die Steuer für Wanderräger und

Wanderräger wesentlich erhöht worden. — Ein Kaufmann in Rudolstadt hatte in Gera ein Geschäft eröffnet, aber schon nach wenigen Tagen erfolgte eine Auktorisation. Das Landratsamt sah dieses unter solchen Umständen als Wanderräger an und zog es in entsprechender Weise zur Bekämpfung heran. Der Bezirksauschuß schloß sich der Auffassung des Landratsamtes an und verworf die Berufung des Kaufmanns.

— Vereine in Anhalt. Die „Deutsche Tageszeitung“ beklagt sich darüber, daß wir die ungeheure Vereinsvielfalt des „landwirthschaftlichen Zentralvereins für Anhalt“ der Aktion gegen die sozialdemokratischen Vereine und Komitees in Berlin gegenübergestellt haben. Das Blatt sagt: „Der Vorwärt“ verweigert hier, daß die Auflösung der sozialdemokratischen Vereine in Berlin auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes erfolgt. Was soll also die Heranziehung eines anhaltischen Vereins?“

Die Thatsachen um die es sich hier handelt, haben wir gar nicht zu verschweigen. Wir können bei unseren Lesern voraussetzen, sowohl daß sie wissen, daß Berlin nicht im Herzogthum Anhalt liegt, wie daß das Herzogthum Anhalt nicht zu Preußen gehört. Die Mittheilung war unserm Anhaltler Parteiführer entnommen, daß gleichfalls mit der namentlich selbstständigen Voraussetzung rechnen kann. Im ganzen Deutschen Reich aber ist die Behandlung, die der Sozialdemokratie von den Behörden zu theil wird, eine andere, als man sie den anderen Parteien antehalten läßt. Deshalb lohnt es sich allerdings, auch auf die Ungehörigkeit eines bürgerlichen Vereins in Anhalt hinzuweisen. Zum Verhältniß der „Deutschen Tageszeitung“ wollen wir unsere Mittheilungen durch den Hinweis darauf ergänzen, daß das anhaltische Vereinsgesetz der Landespolizeibehörde das Recht giebt, „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung jede Verbindung“ von Vereinen „durch Komitees, Ausschüsse, Zentralorgane oder ähnliche Einrichtungen zu verbieten“. Entscheidend in dieser Sache ist nun, daß die anhaltische Landespolizeibehörde es nicht für nötig gefunden hat, der Organisation der Grundbesitz-Interessenten solche Hemmnisse in den Weg zu legen.

— Leipzig, 21. Dezember. Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, wurde der Reichsanwalt Gali zum Reichs-Gerichtsrath und der Ober-Landesgerichtsrath Heinemann, bisher Disziplinarbeamter der Reichsanwaltschaft, zum Reichsanwalt ernannt.

Altenburg, 21. Dezember. Die meisten thüringischen Staaten haben mit dem Königreich Sachsen Verträge abgeschlossen, wonach sie die Königl. Sächsische Landeslotterie in ihren Ländern zulassen und dafür vom sächsischen Staat eine bawez jährliche Abfindung bekommen, die recht gering ist. Altenburg erhält z. B. 8750 M. jährlich. Im Landtag kam dies zur Sprache, und es wurde nach der „Frankfurter Zeitung“ beschlossen, 1. daß der neu abzuschließende Vertrag — der alte läuft am 1. November 1897 ab — dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werde; 2. die herzogliche Staatsregierung solle mit den anderen thüringischen Regierungen Verhandlungen beabsichtigen, um baldmöglichst Gründung einer eigenen Lotterie der thüringischen Staaten einzuleiten.

Man sieht an Eifer für den Spieltisch wollen es die Meisten Staaten den Großstaaten gleich thun.

— Der hessische Landtag tritt im Januar zu seiner letzten Session zusammen, nach deren Schluß das Mandat von 25 Abgeordneten, die gesetzlich auscheidende Hälfte, erlischt. Die vorzunehmenden Neuwahlen finden im Herbst 1896 statt. Von den 25 auscheidenden Abgeordneten entsfallen 10 auf die Städte und 15 auf das Land. Die sozialdemokratische Partei ist dabei insoweit engagirt, als unter den auscheidenden Abgeordneten die beiden Vertreter für Mainz, die Genossen Ulrich-Offenbach und Jöstl-Mainz und der Vertreter von Offenbach-Land, Genosse Philipp Müller-Arheiligen sich befinden. Weiter erstehen die Mandate für die Städte Darmstadt, Worms, Gießen, Friedberg und Alsfeld. Vertreten ist unsere Partei im hessischen Landtag gegenwärtig durch vier Abgeordnete. Bei reger Agitation wird sie nicht nur ihre Sitze behaupten, sondern ihren Bestand erweitern können. Die Vorbedingungen dafür sind vorhanden.

München, 22. Dezember. (Eig. Bericht.) Am vergangenen Freitag hat sich der Landtag bis zum 8. Januar verabschiedet. Ueberblickt man die fast dreimonatliche Thätigkeit der Abgeordnetenversammlung, so erfährt man dabei wieder einmal, wie wenig berechtigt das jammervolle Geschrei der bürgerlichen Presse ist, die Sozialdemokraten hätten neuer die Arbeit des hohen Hauses mit groben Reden und „abscheulichen Anträgen“ unnötig verzögert. Die Geschäfte sind nämlich ungefähr gerade so weit erledigt, wie vor zwei Jahren. Berathen wurden die Etats des l. Hauses, der Grundbesitz, der Finanzen, der Finanzen, der Militärverwaltung und der Eisenbahnen. Hierzu kamen die Interpellationen betr. Buchsmühl, die betr. Epidemien beim Militär, letztere von unseren Genossen eingebracht, desgl. die betr. der Zuckersteuergesetznovelle, ferner die Interpellation Schädler betr. Bauarbeiterlohn. Von Initiativ-Anträgen sind zu nennen: Antrag Grillenberger betr. Abänderung des Landtagswahlgesetzes, Antrag Grillenberger, Tadelvotum betreffend, Antrag Ehrhart auf Beseitigung der Frachtfreiheit des Postes. An Gesetzesentwürfen wurden vorberathen oder vorberathen das Viehversteigerungsgesetz, Abänderung des Notariatsgesetzes, Gesetz über Neu- und Erweiterungsbauten bei den Staatsbahnen. Ferner wurden noch an von bürgerlicher Seite eingebrachten Anträgen berathen, die betr. Abänderung des Forstgesetzes, Antrag Rahinger auf Abänderung des Buchengesetzes und der Maß- und Gewichtsordnung, Antrag Weller zur Mobilienbrandversicherungsanstalt mit dem Zusatzantrag des Gen. Ehrhart, Antrag Geiger-Verno zum Gesetz über Heimath und Berechnung mit Zusatz resp. Abänderungsanträgen Dr. Rahingers und des Genossen Löwenstein. Schließlich noch der famose Antrag Lutz, betr. „unverschämte Verteuerung“ der Großunternehmungen in Handel und Gewerbe. Von beratenden Petitionen erregten allgemeines Interesse die zum Forstgesetz (Mulpolder Petition), zur Kiefernspanneralamität und die wegen des „unethischen“ Flaschenbierhandels. So viel sich zur Zeit beuthellen läßt, wird der Landtag in den ersten Tagen des Jan. seine Geschäfte erledigt haben können.

Freiherr v. Zoller, der Lebensinhaber von Fuchs-mühl ist, wie die „Mügg. Post-Zeitung“ bestimmt wissen will, unter Beförderung zum Landgerichtsdirektor nach Regensburg versetzt. Das ultramontane Blatt bemerkt dazu: „selbstverständlich kann Zoller als gut qualifizierter Richter (!) nicht zurückgesetzt werden. Allein es hätte sein Avancement in der Oberpfalz ausgeschlossen sein müssen. Freilich ist Herr von Zoller in der Oberpfalz (Fuchsmühl) begütert, indes kann er unmöglich nach den peinlichen Fuchsmühl Vorgängen verlangen, daß sein Avancement ihn nach der Kreis-Hauptstadt der Oberpfalz führe. Daß es dennoch geschieht, zeigt eine unglaubliche Verkenntnis der Verhältnisse im Lande. Für diesen Vorgang ist der Zukunftsminister verantwortlich; er hatte in der Fuchsmühl Debatte ziemlich gut abgemessen (Na, na), jetzt hat er offenbar den Drang gefühlt, sich der Fuchsmühl Solidarität mit dem Ministerpräsidenten und Minister des Innern zu verschreiben. Ist denn dieses Regime von allen guten Geistern verlassen?“ (Ist übrigens dasselbe, demgegenüber anlässlich des Grillenberger'schen Misstrauensvotums die politischen Freunde des verurtheilten ultramontanen Blattes in tiefer Devotion jämmerlich erstarrten. Der Servilismus fä, wird eben Fußtritte ernten.

— Für die Zindigkeit der Post, welche servile Reporter in und außerhalb des Stephan'schen Nachbereichs

nicht hoch genug anpreisen können, spricht eine einfache That-
sache deutlich: Vorige Woche ging an unsern Genossen, den
Richtungs-Abgeordneten Vuch nach Mülhausen (Gangestraße 17)
eine Kreuzbandsendung. Prompt kam dieselbe dieser Tage an
ihren Adressaten zurück mit der Angabe: Verboten, wohin un-
bekannt. Kohler. — Den Abgeordneten für Mülhausen zu finden,
scheint demnach der Post ebenso unmöglich zu sein, wie es der
Polizei leicht fiel, nach der bekannten Kaiserdepesche anlässlich der
Schwarzenburger Einmordung Vuch zu finden und hinter die schwedi-
schen Gardinen zu stecken. —

Oesterreich.

Wien, 27. Dezember. Die gestern hier abgehaltenen zwölf
sozialistischen Volksversammlungen waren stark
besucht und nahmen einen ruhigen Verlauf. In den angenom-
menen Resolutionen wird ausgeführt, dass die Arbeiterklasse durch
die Haltung des Grafen Badeni gezwungen sei, mit allem Nach-
druck die Wahlreform nicht nur für die Reichs-
vertretung, sondern auch für den Landtag und
den Gemeinderath zu fordern. An Stelle des heute
herrschenden Personenkultus, wie bei den Antiliberalen, müssten
die Prinzipien der ehrlichen Reformarbeit treten.

Diese auf eine liberale Quelle zurückzuführende Gerold-
Medlung ist jedenfalls unvollständig, da unsere Wiener Genossen
sicherlich ihre Kritik nicht bloß auf die Antisemiten beschränkt
haben werden, sondern auch den Liberalen ihr gebührenden Theil
unzweifelhaft zu theil werden ließen. —

— Eine Unternehmer-Rundgebung für die
Ausdehnung des Wahlrechts. Eine der wichtigsten
Unternehmervereinigungen Oesterreichs, der industrielle Klub, hat
sich zur Wahlreform in folgender Weise geäußert:

In Erwägung, daß durch die Industrie, direkt oder
indirekt, dem Staate die größten Steuerbeiträge zufließen;
in weiterer Erwägung, daß diese der Industrie auferlegte
Bürde nur dann auf die Dauer getragen werden kann,
wenn die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in
einem die Interessen der Industrie entsprechend berücksichtigenden
Geiste geführt wird;

in Erwägung schließlich, daß die Industrie aus Arbeit-
gebern und Arbeitnehmern besteht, und, unbeschadet einzelner
Meinungsunterschiede und Gegensätze, beide Theile, auch die
Arbeitnehmer, an dem sicheren, dauernden und von Störungen
freien Gange, an der Weiterentwicklung und Befestigung,
somit am Gedeihen der Industrie im höchsten Grade be-
theiligt sind;

spricht sich der industrielle Klub, als nicht politischer Ver-
ein, aus wirtschaftlichen Gründen dafür aus, daß den
industriellen Arbeitern der verfassungsmäßige Einfluß zur
Verbreiterung und Geltendmachung ihrer Interessen gewährt
werde. —

So wenig wir die vorstehende Begründung für richtig halten,
so günstig sieht sie doch von der Haltung des deutschen, so vor
allem des sächsischen Unternehmertums ab. —

Schweiz.

Zürich, 28. Dez. (Sig. Bericht.) Gestern fand eine Neu-
wahl von sechs Mitgliedern des Bezirks-
gerichts Zürich statt. Unter den Gewählten befindet sich
unser Genosse Rechtsanwalt O. Lang mit 5420
Stimmen — 400 Stimmen über das absolute Mehr.

Die Beerdigung unserer verstorbenen Genossen Leo-
pold Jacoby fand heute Nachmittag drei Uhr vom
Krankenhaus nach dem Friedhofe statt. Die Begleitung
war gegen 200 Personen stark, überwiegend Parteige-
nossen, der Rest bestand aus Studierenden der verschiedenen
Nationalitäten und aus einem kleinen Kreis persönlicher Freunde.
Außer dem Bruder des Verstorbenen aus Berlin waren unter
anderen der Dichter R. Heude und Professor Dodel im Geleit.
Im Zuge wurden drei rote Fahnen, mit Trauerflor umhüllt,
getragen: die Fahnen des deutschen Vereins Eintracht, des
Vereins der deutschen Sozialisten und der Schweizergenossenschaft.
Am Grabe sprachen namens der Freunde des Verstorbenen Gust.
Wagner, im Namen der deutschen Sozialdemokraten Reibel, im
Namen der schweizerischen Sozialdemokratie Redakteur R. Seidel.
Eine große Anzahl Kränze wurden am Grabe niedergelegt. —

Frankreich.

Herr Bourgeois hat in St. Mandé eine unpolitische
Rede (über Schulwesen u. s. w.) gehalten mit recht vielen schön-
 klingenden Allgemeintheiten, die auch zum Theil politische An-
spielungen sind. So sagte er z. B.: „Unsere Politik ist nicht
die der geschlossenen, sondern die der dargereichten
Hand.“ Die geschlossene Hand hat einen doppelten Sinn: den der
zur Faust geballten und den der Gaben verweigerten
Hand. Hat Bourgeois mehr in diesem oder in jenem Sinn ge-
sprochen? Daß er die Perier-Constans'sche Politik der geballten
Faust verurteilt, das wußte man von vornherein; und darum
faßt die Bourgeois die Worte in dem anderen Sinn auf, und
fühlt sich sehr beunruhigt. Der neue Minister will also Gaben ge-
währen. Wem? Jedenfalls nicht der Bourgeois, denn ihr sind bisher
von allen Regierungen Gaben in Fülle und Fülle gereicht worden.
Wenn solche Gaben gemeint waren, dann brauchte der Minister
es nicht besonders zu sagen. Er hat also offenbar andere
gemeint. Und das ist bedenklich. Jeder Grobian, der
in andere als Kapitalistenkreise geht, hat seinen
Verfall verfehlt, ist ein Angriff gegen die göttliche
Ordnung, ein Verbrechen gegen Religion, Ordnung und
Sitte. Und da phantasiert die erschrockenen Herren Bourgeois
schon vom Staat als Bettelstuppen-Anstalt, Waisenhaus, Waisen-
haus und Pfandheim, wie der erste Pariser Korrespondent
der Tante Voss es ausdrücken beliebt. —

Paris, 24. Dezember. Deputiertenkammer. Nach-
dem die Kammer in drei Sitzungen die Interpellationen betreffend
die PhosphatkonzeSSIONen in Algerien beraten
hat und nachdem mehrere Unregelmäßigkeiten festgestellt worden
sind, nahm die Kammer heute beinahe einstimmig eine von dem
Ministerpräsidenten Bourgeois gebilligte Tagesordnung an, welche
gegen die begangenen Unregelmäßigkeiten Einspruch erhebt und
die Regierung auffordert, eine Vorlage betreffend die Phosphat-
Ausbeutung einzubringen.

Senat. Im Laufe der heutigen Debatte protestierte
der Finanzminister Lammier lebhaft gegen die von einem
Redner der Rechten vorgebrachte Behauptung, daß das
staatsliche Defizit des Budgets 250 Millionen betrage. Der
Minister versicherte, daß das Budget vollkommen ba-
lanciert und daß die Finanzlage Frankreichs viel günstiger
sei, als diejenige zahlreicher fremder Länder.

Bei der Beratung des Gesetzes über die Vertheilung der
Madagaskar-Expedition, durch welche die außer-
ordentlich hohe Sterblichkeit verursacht worden sei.
Der Redner forderte die Regierung auf, festzustellen, wer hierfür
verantwortlich sei. Der Kriegsminister Canovas erwider-
te, das gegenwärtige Kabinett treffe keinerlei Verantwortung. Die Zahl
der Todten übersteige nicht 3500. Der Minister schloß, indem er
die Nothwendigkeit der Schaffung der Kolonialarmee
betonte. Hiernach nahm der Senat den Gesetzesentwurf an und ging
zur Beratung des Marine-Gesetzes über. Auf eine Anfrage er-
widerte der Marineminister Lockroy, die Schiffsbauten
seien nie so lebhaft im Gange gewesen als
jetzt und diese eifrige Thätigkeit werde im
nächsten Jahre noch andauern. Die Flotte befände
sich in der gleichen Lage wie die Flotten der drei andern an-
gehörigen Mächte. Schließlich wurde auch das Marinebudget
angenommen. —

Paris, 27. Dezember. Senat. Bei der Beratung des
Kolonial-Budgets erklärte der Minister für Kolonien

Guljeffe in Antwortung einer Anfrage, er denke, daß seine
neuen Kolonial-Expeditionen zu unternehmen
sein würden.

England.

— Ueber die Entwicklung des Kommunal-
Gewerbetriebes in England bringt das „Labour
Annual“ für 1896 aus der Feder von Sidney Webb, dem Verfasser
der kürzlich auch ins Deutsche überföhrten Geschichte der englischen
Gewerkschaften, eine interessante Abhandlung. Danach besitzen
und verwalten die Kommunal- und Gewerkschafts-Korporationen
an Land, Gebäuden, Werkstätten, Arbeitswerkzeug, kurzum an
Kapitalien aller Art 400 Millionen Pfund Sterling oder
8 Milliarden Mark, welche Summe beständig zunimmt. Wasser-
werke befinden sich im Werthe von 1200 Millionen Mark in
den Händen von Gemeinden und zwar von 168 Stadt-
und von 500 Distrikt-Verwaltungen in England und
Wales, während 150 Privat-Gesellschaften den Rest des
Landes mit Trinkwasser versorgen. Für Gasanstalten haben
192 Gemeinden zusammen 480 Mill. Mark angelegt, dagegen hat
bisher nur das Londoner Kirchspiel von St. Pancras (das etwa
1/4 Million Einwohner enthält) den Muth gehabt, seinen Be-
wohnern elektrisches Licht zur Verfügung zu stellen und zwar
mit einem Erfolg, der andere Kommunen zu baldiger Wieder-
holung des Experiments verlocken dürfte. Das Anlagekapital
für das Werk betrug 2 200 000 M. und es bringt, obwohl es erst
im dritten Jahre besteht, einen Reingewinn von 35 080 M. Auch
der Kommunalbetrieb von Trambahnen, in denen etwa 50 Mill.
Mark von Gemeinden angelegt wurden, erweist sich überall als
völlig zufriedenstellend. In Olfen, Piers und Leeds stecken
800 Mill. Mark Gemeindefonds, zur Anlage von Märkten
sind von Kommunen 140 Mill. Mark veranschlagt
worden, Bäder und Wäschhäuser haben 80 Mill. Mark erfordert,
Krankenhäuser 100 Mill. Mark, Friedhöfe 60 Mill. Mark. Für
Zwecke des Unterrichts sind etwa 800 Mill. Mark angelegt
worden, während die jährlichen Ausgaben der Gemeinden für
Erziehungszwecke sich auf 40 Mill. Mark belaufen. Allmählich sind
die Gemeinden, wenn auch zunächst nur verlockungsweise, auch an
die Anlage von Werkstätten herangeföhrt. So besitzt z. B. der
Londoner Gewerkschaftsrath ein sehr umfassendes Arbeitsdepartement.
Die Londoner Kommission für die Abfuhrkanäle besitzt eigene
Werkstätten zur Herstellung ihrer Wagen, der Pferde-
geschirre und der Duseisen, Birmingham hat einen perma-
nenten Stab von Schlossern, Zimmerleuten, Malern und
Bleiarbeitern und baut ohne irgend welchen Mittelsmann mit
eigenen Arbeitern seine Wasserwerke, und hat außerdem den
Auskauf geistiger Getränke für seine Leute in eigenem Betrieb.
Auch Manchester hat den Versuch mit eigenem Betrieb gewagt.
In keinem Falle handelt es sich um ein Unternehmen, das um
eines Prinzips willen in Angriff genommen worden ist, in allen
Fällen ist man vielmehr ganz unbewußt dem Zuge der Zeit
gefolgt, weil man nach längerer Ueberlegung zu der Einsicht
gekommen war, daß der kommunale Betrieb in manchen Geschäfts-
zweigen mehr im Interesse des Steuerzahlers liegt, als die freie
Konkurrenz. Auch das besondere Interesse der Arbeiter wird bei
diesen Betrieben in der Regel besser gewahrt, da dieser die wirt-
schaftliche Lage des Arbeiters verbessert und vor allen Dingen
sichert.

Italien.

— Aus der afrikanischen Kolonie werden sehr
durch Vermittelung der offiziellen „Agenzia Stefani“ nur
rosenrothe Berichte veröffentlicht, die Lage und Stimmung
der Italiener soll ausgezeichnet, die der Gegner elend sein. Da-
ber die Spitzen beider Heere bloß anderthalb Stunden von ein-
ander entfernt stehen, dürfte es bald zu einer Entscheidung
kommen. Die italienische Regierung schenkt augenscheinlich den
von ihr verbreiteten Berichten keinen Glauben, da sie die
Mißlungen energisch weiter betreibt. —

Ungarn.

Sofia, 26. Dezember. Sobranje. Bei der Verhandlung
des Arbeitsbudgets kam es in einer lebhaften Debatte
über die Kredite zur Vollendung des Banes des prinzlichen
Palais. Karawloff beschuldigte die Umgebung des
Prinzen, sich beim Palastbau zu bereichern.
Die Sozialisten und Radikalen warfen der Regierung
Verschwendung vor. Der Ministerpräsident Stoilow
und der Kammerpräsident wiesen natürlich die Anschuldigungen der
Opposition zurück. Schließlich wurden die Kredite und das Ge-
samtbudget angenommen. Am 31. Dezember geht die Sobranje
in die Ferien. —

Serbien.

Belgrad, 26. Dezember. Das neuerliche Verbot der
Einfuhr serbischen Vorkenviehs nach Ungarn
hat hier große Erregung hervorgerufen. Während die ungarische
Regierung das Verbot damit begründet, daß unter dem serbischen
Vorkenvieh die Maul- und Klauenseuche in größerem Umfange
verbreitet worden sei, wird in serbischen amtlichen Berichten
konstatirt, daß in Serbien keine Spur dieser Krank-
heit vorhanden ist. —

Griechenland.

Athen, 28. Dezember. Die Kammer wurde auf den
20. Januar einberufen. —

Türkei.

Konstantinopel, 24. Dezember. Einer Drahtmeldung des
Kommandanten des fünften Korps zufolge wurden 6000 Trüben
aus ihrer Stellung in den Ostgastischen Meeres, Sedjel und Medjel
gedrängt; es ist Befehl zu deren weiterer Verfolgung ertheilt
worden.

Die im Vilajet Smyrna mobilisirten vier Medis-Batalione
sind für Kreta bestimmt, da aus Syrien nur ein Bataillon nach
Kreta entsendet worden ist. Uebereinstimmende Berichte aus ver-
schiedenen Quellen bezeugen die Bewegung auf Kreta als eine
lokale und minder gefährliche.

Für die Vilajets Sivas, Bitlis und Erzerum sind christliche
Beigeordnete ernannt worden; ferner sind 6 Justizinspektoren und
zwei je ein Muhammedaner und ein Christ für je zwei europäische
Vilajets ernannt worden.

Konstantinopel, 26. Dezember. Zeitun ist von den türkischen
Truppen eingenommen worden. —

Ruba.

— Die Nachrichten vom Aufstandsgebiete
häufen sich. Alle sind Nachrichten, die einander zwar vielfach
widersprechen, alle aber darin übereinkommen, daß eine wichtige
Wendung der Dinge sich vorbereitet oder sogar schon vollzogen
hat. Wie immer stehen die amerikanischen Nachrichten, die aus dem
Lager der Aufständischen kommen, im schroffen
Gegensatz zu den Nachrichten von spanischer Seite.
Aber in der Hauptsache treffen sie zusammen, nämlich
daran, daß die Aufständischen in der Nähe von
Havannah stehen. Ob sie nun dort, wie die Spanier be-
haupten, in einem Treffen zurückgeschlagen wurden, oder daß
spanische Heer umgangen haben, wie die Amerikaner behaupten
— das ist von untergeordneter Bedeutung gegenüber der That-
sache, daß namhafte Truppenkörper der Aufständischen bei
Havannah konzentriert sind.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Havannah, die weitaus
bedeutendste Stadt Rubas, wo jetzt die heftigsten Streikkräfte
einander gegenüberstehen, im Nordwesten der Insel liegt.
Nun brach aber der Aufstand im Februar dieses Jahres im
äußersten Osten, in der Provinz San Jago, aus,
dehnte sich dann weiter nach Westen, ergriff die Pro-
vinz Santa Clara, und hat jetzt festen Fuß gefaßt

in der Provinz Matanzas. In diesem letzten
Fortreiten des Aufstandes liegt der springende Punkt. Es
ist, wie wenn eine deutsche Volkserhebung, die in Baden be-
gonnen hatte, nach 11 Monaten plötzlich in der Nähe von Berlin
ihre Fahnen entfalte. Die Aufständischen haben durch
eine in den Vereinigten Staaten ausgenommene Anleihe
genügende Mittel erlangt, sie sind mit Waffen und
Munition reichlich versehen, haben eine treffliche leichte Reiterei
und sogar mehrere Batterien Artillerie. Bei Havannah sollen
sie mit 12 000 Mann stehen. Die organisierten Gesamt-
streikkräfte der Aufständischen werden auf 27 000 Mann geschätzt,
während Martinez Campos 78 000 Mann auf dem
Papier zur Verfügung hat. Von diesen ist ein Viertel
im Spital, und 24 000 Mann sind nothwendig in den Garnisonen
— so bleiben für die aktiven Operationen nur höchstens
40 000 Mann übrig, die gegen die weit beweglicheren Streikkräfte
der „Rebellen“ natürlich nicht ausreichen.

Wenn die spanische Armee nicht verdoppelt werden
kann, so ist nicht einmal ein Augenblickserfolg zu erzielen. Und
Spanien ist schon am Ende seiner Hilfsmittel angelangt. —

Partei-Nachrichten.

In Frankfurt a. M. sammelt der Sozialdemokratische
Verein Unterschriften zu einer Petition, worin das preussische
Staatsministerium und der preussische Landtag ersucht werden,
daß in Frankfurt a. M. bestehende Gemeindevahlsysteme
im Sinne des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen
Wahlrechts abzuändern. Nach dem jetzigen System kann in
Frankfurt a. M. nur wählen, wer mindestens 1200 M. Einkommen
versteuert, oder ein Haus besitzt, oder ein Geschäft mit mindestens
zwei Gehilfen betreibt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse Linzweiler, Redakteur der Elberfelder
„Freien Presse“, hat am zweiten Weihnachtstages das
Gefängnis nach Verbüßung einer fast einjährigen Strafe ver-
lassen. Wir wünschen dem erprobten Missethater recht baldige
Erholung von dem Strapagen des Kerkerlebens!

Soziale Uebersicht.

Vom preussischen Schulwesen. In der Nummer 8 der
von Dr. Jachow herausgegebenen sozialen Praxis findet sich ein
lesenswerther Aufsatz über Volksschul-Reformen in Preußen.
Unter anderem wird darin gezeigt, daß der gegenwärtige Kultus-
minister, Dr. Vosse, zwar ein wohlmeinender und gebildeter
Mann ist, welcher den Lehrern gern eine bessere Stellung
verschaffen möchte und der auch Verständnis für die Auf-
gaben und Bedürfnisse der Volksschule hat, daß aber trotzdem
gerade während seiner Amtsföhrung die Reaktion im Schul-
wesen die größten Fortschritte gemacht hat und noch weiter
macht.

So wurde am 25. Juli 1894 eine Verfügung des Ministers
betreffs der Verrückung der Armenschulen veröffentlicht; die
Schulräthe legten dieselben dahin aus, daß man denselben
einen anderen Namen, beispielsweise „zweite Stadtschule“,
geben solle, und es ist alles beim alten geblieben.

So hat sich der Minister im Mai 1892 im Abgeordneten-
hause sehr entschieden gegen die Vorschläge für höhere Lehr-
anstalten und für die Vorbildung aller Kinder in der allgemeinen
Volksschule ausgesprochen; trotzdem ist die Anzahl der Vor-
schulen mit ganz winziger Schülerzahl (9—17 Schüler in drei
Klassen) gestiegen.

Sehr treffend hat sich der Minister über die Unfähigkeit der
Geistlichen für den Schulunterricht ausgesprochen, für welchen
eine wesentlich andere als eine theologische Vorbildung nöthig
sei; trotzdem räumt er den Geistlichen ohne weiteres ein weit-
gehendes Schulaufsichtsrecht über Klassen und Lehrer ein.

Die Beweise für den wachsenden Einfluß der Geistlichkeit
auf die Schule lassen sich noch sehr häufen. Herr Zewo,
der Verfasser des erwähnten Aufsatzes, zieht daraus den Schluß,
daß es Herrn Vosse an der nöthigen Energie fehlt, seine Meinung
und seinen Willen an anderen Faktoren gegenüber zur Geltung zu
bringen. Wir würden uns vielmehr wundern, wenn es anders wäre.
Eine ablehnende Epoche muß die Schule verfallen lassen, weil sie in ihr
nicht ein Mittel zur Bildung und zum Fortschritt sieht, sondern
eine Einrichtung, durch welche das Umsichgreifen der neuen
Ideen möglichst gehindert werden soll. Daher meinen wir auch
loß die Reaktion im Schulwesen durchaus nach dem Herzen des
Herrn Vosse ist; sonst würde er seinen Platz wohl räumen.

Aus London wird telegraphirt: Die dem Parla-
ment-mitglied Cobdington in Widdowson gebührende Spinnerei, welche
sechshundert Beschäftigte beschäftigt, hat aus Mangel an Auf-
trägen infolge der indischen Baumwollenzölle den
Betrieb eingestellt. In Lancashire sollen gegenwärtig 10 000 Weber-
stühle stillstehen.

Gewerkschaftliches.

Ueber den Aufstand der Berliner Tagelöhner-Trostsch-
kischer wird berichtet, daß etwa ein Drittel der Tagelöhner-
besitzer die Forderungen bewilligt habe.

Die schweizerische Eisenbahnarbeiter-Bewegung hat
einen großen Erfolg zu verzeichnen. Die Gotthard-Bahn hat
die geforderte 20prozentige Lohnerhöhung bewilligt. Die
Direktion der Zentralbahn dagegen hat dieselbe verweigert.
Ueber das weitere Vorgehen wird eine auf den 29. d. M. nach
Olten einberufene Delegirtenversammlung der schweizerischen
Eisenbahnarbeiter Beschluß fassen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 27. Dezember. (W. S.) Nach einer
Melung der „Frankfurter Zeitung“ aus Bukarest wurden 18 an
der wazedonisch-bulgarischen Spitation in der Dobrudda be-
theiligte Personen dem Galatz Generalprokurator übergeben.

Frankfurt a. M., 27. Dezember. (W. S.) Wie die „Frankf.
Ztg.“ meldet, sollen die ehemaligen Gefangenen der Vereinigten
Staaten in London, Phelps und Lincoln, zu Mitgliedern
der Venezuela-Kommission ausersehen sein.

Wien, 27. Dezember. (W. S.) Der „Neuen Freien Presse“
geht aus Petersburg die Meldung zu, die Regierung der Ver-
einigten Staaten habe dortselbst sondirt, welche Stellung
Rußland zu dem venezolanischen Konflikt
einnehme. Die Antwort Rußlands habe äußerst günstig gelaute;
es sei der gleichen Ansicht, wie Präsident Cleveland, und habe
beschlossen, diesen Standpunkt zum mindesten auf diplomatischem
Wege nachdrücklich zu unterstützen.

Bukarest, 27. Dezember. (W. S.) Hier wurde heute früh
gegen 1/4 Uhr ein länger andauerndes Erdbeben wahr-
genommen.

Paris, 27. Dezember. (W. S. B.) Die „France“ beginnt
mit der Veröffentlichung der Liste der 104 Pa-ama-Exque-
Empfänger und erbtet sich, eventuell vor Gericht den Beweis
der Echtheit zu erbringen. Die Liste weist die Namen Floquet,
Boissy d'Anglas, Tony Révillon, Maret, Camille Perrier, Antire
Bayer und andere auf; dieselbe entkannnt angeblich einer Auf-
zeichnung von Cornelius Herz, wird aber vielfach für apokryph an-
gesehen. Die in der Liste namhaft gemachten Deputirten ge-
sueht, die Angelegenheit von der Tribüne der Kammer aus zur
Sprache zu bringen, standen aber davon ab und beschloßen,
gegen das Blatt die Klage wegen Verleumdung zu erheben.

lokales.

Die Verhandlung gegen den „Vorwärts“ über die Zustände in der Edelf'schen Privat-Irrenanstalt in Charlottenburg findet leider nicht statt. Herr Dr. Edel hat gestern die Klage gegen den „Vorwärts“ zurückgezogen, so daß uns ein Beweis für unsere Behauptungen an Gerichtsstelle unmöglich gemacht wurde. Schon seit Wochen haben Beauftragte des Herrn Edel sich bei uns bemüht, einen Vergleich zu Stande zu bringen. Die Bemühungen liefen darauf hinaus, wir sollten unserer publizistischen Pflichten vergessen und die Sache einfach todschweigen. Der Rechtsanwalt unseres Kollegen lehnte die Zumuthungen von vornherein ab, indem er erklärte, daß der „Vorwärts“ ein derartiges Verfahren mit seinen publizistischen Pflichten nicht vereinbaren könne. In ganz gleichem Sinne äußerte sich unser Kollege Schmidt seinem Rechtsvertreter gegenüber. In einem uns heute zugegangenen Schreiben aus Pöhlensee bemerkt Schmidt: daß es ihm sehr angenehm wäre, wenn in irgend einer Form Herrn Edel in der Presse eine deutliche Abfuhr zu Theil würde. Er schließt mit folgenden Worten: „Ich lege großen Werth darauf, daß es zur Verhandlung kommt“. Dem Kol. Schmidt wie uns lag alles an der Aufhellung der Wahrheit. Herr Edel scheint von der Aufhellung der in seiner Anstalt herrschenden Zustände keinen Vortheil für sich und sein Institut erwarten zu haben.

Der neugewählte Vertrauensmann des V. Reichstags-Wahlkreises, Genosse Neul, wohnt Köpenicker Str. 21.

Die Parteigenossen von Nizdorf werden aufgefordert, sich am Sonntag, den 29. Dezember zahlreich an der Verteilung eines Flugblattes zu betheiligen. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr bei Thomas.

Ueber die schriftlichen Arbeiten in den Gemeindeschulen wird in der „Päd. Ztg.“ geflagt. Sie seien zu zahlreich und es werde zu viel Werth auf sorgfältige Ausführung gelegt; mancher Mentor wolle mit den Hefen bei den öffentlichen Prüfungen glänzen und eine Schule suche hierin die andere zu überbieten. Das ist ein ferneres und nicht das unwichtige Argument gegen die öffentlichen Prüfungen, um deren Befestigung übrigens der „Berliner Lehrerverein“ eben jetzt auf Grund eines Beschlusses vom 13. Dezember die Schulbehörden gebeten hat. Gegen die Prüfungen in den Schulen unter anderem angeführt worden, daß die Vorbereitungen, die der Prüfung vorangehen müssen, die mühsame Entwicklung des Unterrichtes fördern. Das gilt aber besonders von den schriftlichen Arbeiten. Diese müssen nämlich, wie in dem Artikel der „Päd. Ztg.“ ausgeführt wird, oft in der Schule angefertigt werden, wodurch der übrige Unterricht geschädigt wird; sie gelten aber natürlich vor dem die Prüfungen besuchenden Publikum als hässliche Arbeiten. Die Anfertigung der sogenannten hässlichen Arbeiten in der Schule wäre an sich, wenn man den Lehrplan entsprechend umgestalten wollte, kein übergroßes Unglück; von manchen Pädagogen wird sie als das allein Vernünftige gefordert. Aber in dem vorliegenden Falle greift man zu diesem Ausweg nur deshalb, weil es die hässlichen Verhältnisse vielen Kindern überhaupt unmöglich machen, zu Hause noch schriftliche Arbeiten anzufertigen. Der erwähnte Artikel weist darauf hin, daß viele Gemeinde-Schulkinder Stellen annehmen müssen, von denen sie erst abends spät zurückkehren, und die Redaktion der „Päd. Ztg.“ fügt hinzu: „Dazu fehlt es bei vielen Kindern sehr häufig auch an den notwendigen Vorbereitungen einer sauberen Arbeit. Man muß es gesehen haben, wie die Knaben und Mädchen am Fensterbrett, am Küchentisch, an der Kochmaschine u. s. w. oft bei der miserabelsten Beleuchtung im Kreise der spielenden kleineren Geschwister ihre Schularbeiten erledigen, um die abgelieferten Arbeiten recht würdigen zu können. Die Kollegen, welche bei der letzten Volkserhebung Gelegenheit hatten, die Wohnungen der Armen zu betreten, werden diese Beobachtung vielfach bestätigen können.“ Das glauben wir auch, aber sie würden damit eben nur bestätigen, was man, sobald es von sozialdemokratischer Seite gesagt wurde, im „freisinnigen“ wie im völlig reaktionären Lager als Ueber-treibung zu bezeichnen pflegte.

Der Bevölkerungsstand Berlins wird auf Grund vorläufiger Ergebnisse der Zählung vom 2. Dezember, daß die Nothwendigkeit einer Erhöhung des üblichen Zuschlages für nicht gemeldete Abzüge auf 22,164 pCt. bei den männlichen und 16,676 pCt. bei den weiblichen Personen ergeben hat, jetzt folgendermaßen vom Statistischen Amt angenommen: Zählung von 1890: 1 578 794, Ende 1890: 1 579 010, Ende 1891: 1 606 810, Ende 1892: 1 622 349, Ende 1893: 1 640 522, Ende 1894: 1 655 235, Zählung von 1895: 1 676 352. Die durch das Ergebnis der Zählung von 1895 notwendig gewordene Korrektur erstreckt sich nicht nur auf die Fortschreibung der Bevölkerung für 1890-95, sondern auch auf alle aus der Bevölkerung berechneten Verhältniszahlen, also Geburtenziffern, Heirathsziffern, Sterblichkeitsziffern u. s. w.

Ueber die Flucht des Rechtsanwalts Frh. Friedmann bringt die hiesige Presse verschiedene Meldungen, welche den bekannten Verteidiger als das Opfer einer weiblichen Umgarnung erscheinen lassen sollen. Es heißt, daß einer seiner Beauftragten eine „Schweiter“ im Hause Schützenstraße 72 eingemietet habe; es sei dies eine angebliche Schauspielerin gewesen, die aber am 13. Dezember plötzlich die Wohnung verlassen hätte. Die Person wird als die Tochter eines in seinen Kreisen allbekannten Einbrechers hingestellt, der von dem berühmten Rechtsanwalt erst kürzlich von einer zehnjährigen Zuchthausstrafe, die ihm der Staatsanwalt zugesprochen hatte, befreit worden sei.

Was wahres und falsches an dieser mit viel Reporterphantasie zurecht gestellten Geschichte ist, mag aus einer uns durchaus zuverlässig erscheinenden Meldung hervorgehen, die wir am Freitag erhalten haben. Danach liegt der Sachverhalt folgendermaßen:

Der Arbeiter M. aus der Langenstraße war vor zehn Jahren wegen Diebstahls zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden; lange vorher schon, im Jahre 1882, hatte er als 18-jähriger junger Mensch im Gefängnis zu Straßburg, wo er wegen Bettelns saß, sich an dem Inspektor mit einem Messer thätlich vergangen; die That wurde als Mordversuch angesehen und mit 15 Jahren Zuchthaus bestraft. Seit 1885 hat sich M. seines Verurtheiltes gegen die Gesetze zu schulden kommen lassen; er bestrafte sich seit einigen Jahren wieder im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und sucht sich ehrlich durch Arbeit sein Brod zu verdienen. Am 22. Mai dieses Jahres wurde er mit seiner unbescholtenen Ehefrau, der er seit 20 Jahren angetraut ist, in Untersuchungshaft genommen; er sollte in der bekannten Einbrecheroffiziere Str. u. Genossen, die Anfangs November vor dem hiesigen Landgericht I zum gerichtlichen Austrag gebracht wurde, eine Fehlerrolle innegehabt haben. Die Strafammer erkannte jedoch, weil alle Beweise mangelten, gegen das Ehepaar M. auf Freisprechung, obgleich der Staatsanwalt gegen den Mann zehn Jahre Zuchthaus und gegen die Frau zwei Jahre Gefängnis beantragt hatte. Zum Verteidiger hatten die Eheleute den Rechtsanwalt Friedmann erhalten.

Während die Eltern im Gefängnis saßen, empfingen sie

eines Tages von ihrer im Juli dieses Jahres erst 17 Jahre alt gewordenen Tochter Anna eine recht erschreckliche Zuschrift: Es sei ihr nach vieler Mühe gelungen, endlich in dem bekannten Herrn Friedmann einen Advokaten für Vater und Mutter zu finden. Geld hatte das Mädchen keines, das sich bis dahin im Holz- und Kohlenhandel der Eltern, sowie mit Schneidern, durchaus anständig ernährt haben soll. Rechts-anwalt Frh. Friedmann, von dem wohl in Zweifel steht, ob er als Verteidiger oder als Frauenjäger eines größeren Ansehens genießt, hielt sich an dem Körper des Mädchens schadlos. Er machte Anna M. zu seiner Maitresse und mietete sie im Hause Schützenstr. 72 ein; als die Eltern nach Beendigung des Prozesses aus der Untersuchungshaft entlassen wurden, standen sie nicht allein vor dem Ruin ihrer Existenz, sie erfuhren auch, daß der Verteidiger, der sich ihrer Sache angenommen hatte, der zahlungsunfähige Liebhaber ihrer 17-jährigen Tochter sei.

Frh. Friedmann fühlte nach den bekannten Vorgängen, daß ihm in Berlin der Boden allmählich zu heiß unter den Füßen werde. Er plante, mit Anna M. die Stadt seines Ruhmes zu verlassen. Sein Verhältnis zu diesem Mädchen mag an folgender Episode eine Beleuchtung finden. Am 9. Dezember drang er in seine Geliebte, sich am selben Abend mit ihm auf dem Anhalter Bahnhof zur Abreise einzufinden. Als sie Bedenken äußerte, entgegnete er ihr kategorisch, er werde den Zug (es war ein D-Zug) kurz vor dem Abgange durchsuchen, finde er sie nicht anwesend, so werfe er sich im Augenblick der Abfahrt vor die Maschine. Anna sah selbstverständlich zur rechten Zeit im D-Zuge, und so ging denn die Reise über Leipzig zunächst nach Wahren und von da weiter nach Genua. Von der Hafenstadt aus sollte die Weiterreise nach Amerika angetreten werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieser Reiseplan zur Ausführung gelangt. Die Geldsumme, welche Friedmann von hier mitgenommen hat, ist nicht groß, sie beträgt etwa 7000 M.; doch soll der Rechtsanwalt gehofft haben, von einem in Wahren wohnenden Klienten noch einen nennenswerthen Geldbetrag einzustaffeln. Bevor die Reise von Berlin angetreten wurde, gab Friedmann seiner Geliebten zwei Gegenstände in Verwahrung, denen er einen ganz besonderen Werth beimaß. Das erste Objekt war eine Kristallplatte, deren Rand mit Briefmarken eigenartig ausgelebt war; auf der Mitte der Platte war die Photographie Woppeles, seines vielgeliebten Hundes zu sehen. Das zweite Werthstück lag in einem Schächtelchen; es war der — russische Stanislausorden, mit dem Friedmann der besonderen Verdienste halber, die er sich um das Jarentschik erworben, ausgezeichnet worden war. Er war nämlich Syndikus der russischen Konsulate; auf seiner Visitenkarte prangte auch der Titel Ritter v. p.

So die Mittheilung, an deren Richtigkeit wir, wie gesagt, zu zweifeln keine Ursache haben. — Bei Erwähnung des hiesigen Friedmann sei noch einer Legendenbildung gedacht, die wir in hiesigen Blättern finden. Dort wird Friedmann nämlich als — Sozialist, als politischer Flüchtling hingestellt. Wir führen diese Darstellung der Realität halber an; es braucht wahrlich nicht auf einander gesetzt zu werden, daß Friedmann alles andere, nur kein Sozialdemokrat war.

Zur Reittouristen-Affäre Bodek — Czerny theilt uns der letztere Herr in einem längeren Schreiben mit, daß er sich gegen Herrn Bodek erfolgreich mit einem zerbrochenen Revolver gewehrt habe und daß er früher schon jeden, den es interessirte, erklärt habe, ein Antisemit gewesen zu sein. Mithin habe Bodek kein Recht, ihn Verdränger zu nennen.

Um dem „planlosen leichtsinnigen Juzuge Stellung“ suchender Personen nach Berlin thunlichst vorzubeugen, warnt der Polizeipräsident auf Grund der hier gemachten Erfahrungen alle Personen, welche in Berlin oder von hier aus außerhalb Berlins in einen Dienst treten wollen, eindringlich vor dem Verlassen ihres bisherigen Wohnortes, bevor sie nicht eine ganz genau bestimmte Stellung in Aussicht haben. Namentlich werden die Stellung suchenden darauf hingewiesen, Neverse und andere Schriftstücke, wenn überhaupt, so doch nur nach aufrichtiger Prüfung des Inhalts zu unterschreiben. Dienstbücher und Legitimationspapiere sollten dieser amtlichen Warnung zufolge überhaupt nicht aus der Hand gegeben und nur den Herrschaften bezw. Arbeitgebern vorgelegt werden.

Der Polizeipräsident mag es sehr gut meinen, helfen wird seine Mahnung aber wenig. Der Zug nach dem Westen läßt sich durch Polizeiwarnungen nicht aufhalten.

Die Soldaten der hiesigen Garnison sind, wie das „Kleine Journal“ berichtet, auch bei Gelegenheit der Weihnachtsfeier am Dienstag Abend von ihren Kompagniechefs ermahnt worden, ihres Fahnenheides eingedenk zu sein.

Die schweren Unfälle, die in letzter Zeit durch das Hinabstürzen von Personen in Brunnenkessel wiederholt vorgekommen sind, haben, wie berichtet wird, die Direktion der Haftpflicht-Versicherungsgesellschaft Berliner Grundbesitzer veranlaßt, bei dem königlichen Polizeipräsidenten vorstellig zu werden, um durch geeignete Maßnahmen den Eintritt derartiger gemeinsamer Unfälle zu verhindern. Das Polizeipräsident hat nach Inhalt seiner an den Syndikus der Versicherungsgesellschaft Rechtsanwalt Dr. Glühberg gerichteten Zuschrift vom 13. Dezember d. r. bereits das Erforderliche veranlaßt und schon im Oktober d. J. angeordnet, daß die Polizeireviere bei Gelegenheit der Revisionen auf den hiesigen Grundstücken, namentlich auf den von Erlaß der Saupolizei-Ordnung für Berlin vom 15. Januar 1887 bebauten, ihr Augenmerk auf die Beschaffenheit der Ueberdeckung der Brunnenkessel zu richten und über etwaige Mängel Anzeige zu erstatten haben.

Ein stilles geschäftliches Unverfrorenheit ist es, wenn A. B. die Berliner Paddelfahrt-Aktien-gesellschaft eingeschriebene Briefe an ihrer Annahmestelle ruhig entgegennimmt, sie aber anderen Tags dem Absender mit entwerthetem Werthzeichen als unbefehlbar wieder übermitteln, weil der Adressat „außerhalb ihres Bestellbezirks“ wohnt. Vielleicht könnte das Publikum von dem Beamten verlangen, daß er die Bestellbezirke der Gesellschaft kenne — daß aber für nicht geleistete Bestellung dem Publikum das Geld abgenommen wird, ist höchlich gesagt doch ein bißchen hart. Das grenzt schon an die Geschäftspraxis der Pferdebahn-Gesellschaft, die ruhig Abonnementskarten ausgiebt, es aber den Abonnenten überläßt, auf gewissen Linien — z. B. Spittelmarkt-Kreuzberg — sich um die Plätze förmlich zu raufen oder 10-15 Minuten in Schnee und Regen zu warten, wenn sie es nicht vorgehen, sich den Schmutz statt an der Straßenbahn auf einem Verdeckplatz zu holen. Wie lange wird es noch dauern, bis die Verkehrspolizei diesen geradezu skandalösen Zuständen der Berliner Verkehrsverhältnisse ein Ende macht! Es giebt Leute, die solche Regelung für wichtiger halten, als die im Interesse der öffentlichen Ordnung jeweiligen erlassenen Straßen-absperrungen.

Die Weihnachtsfeiertage haben in diesem Jahre einen recht ruhigen Verlauf genommen. Zwar wurden die Böschmannschaften ziemlich häufig an den beiden Festtagen alarmirt, indem ihre Hülfe in 29 Fällen in Anspruch genommen wurde. Es handelte sich dabei aber nur um ganz kleine Brände; dabei ist

nicht ein einziger Weihnachtsbaum-Brand zu registriren. In einem Falle aber galt die Alarmierung der Löschzüge — einem Feuer auf der Eisbahn in der Daldorferstraße, woselbst ein kleines Restaurationsgebäude in Flammen aufgegangen war.

Der Schneefall am zweiten Weihnachtsfeiertage hat im Fuhrverkehr so gewaltige Störungen hervorgerufen, wie in Berlin bisher wohl selten beobachtet worden ist. Häufig kamen die Omnibusse nicht vorwärts und mußten nach den Halteplätzen zurückkehren. Die Pferdebahn-Wagen blieben oft stehen und von den Depots mußten die Reservepferde nach den Strecken hinausgeschickt werden, um den Ersatz allenthalben zur Hand zu haben. In der Schönhäuser Allee blieben die Tramways auf dem Berge im Schnee stecken; bis zum späten Abend konnten die Störungen im Pferdebahn-Betriebe trotz reichlichen Salzstreuens nicht beseitigt werden.

Nachdem das Weihnachtsfest beendet ist, zeigen sich allenthalben bereits die Vorbereitungen des herannahenden Jahreswechsels. Seit gestern Morgen sind die fliegenden Händler für Neujahrskarten etablirt und halten ihre Waren in den Hausfluren feil. Schon am gestrigen Vormittage fanden jedoch polizeiliche Revisionen der ausgestellten Baaren statt und mehrfach sind Beschlagnahmen von Karten wegen unzüchtigen Inhaltes erfolgt.

Fromme Schäflein. Von der Weihnachtsbescherung im katholischen Gesellenverein bringt die „Germania“ einige bezeichnende Meldungen. Auf langen Tischen sollen Teller mit den „bescheidenen Gaben“ aufgestellt gewesen sein. Zwei Umstände erhöhten in diesem Jahre die Festesfreude. Einmal die Theilnahme „Sr. Durchlaucht des Erbprinzen Radziwill“ an der Feier, durch welche die Stimmung der Theilnehmer nach der „Germania“ eine gehobene wurde, und zweitens die Mittheilung, daß ein Unbekannter dem Hospiz alljährlich die Summe von 1000 M. spenden wolle. Undächtiger ist, wie das katholische Blatt schreibt, wohl lange nicht für die verstorbenen Mitglieder und die Wohlthäter gegeben worden, als am Weihnachtsabend dieses Jahres. — Ein sehr erbauliches Jdggl. Es wird aber nicht lange dauern und der Sturmwind der modernen Zeit macht auch diesen frommen Schäflein klar, daß das Mittelalter ein Traum und nicht einmal ein schöner Traum ist.

Geradezu jämmerliche Pferdebahnwagen sind auf einigen Linien, beispielsweise auf der vom Spittelmarkt nach Treptow führenden in Gebrauch. Es sind die ältesten und deshalb auch unpraktischsten Gefährte des ganzen Fuhrparks. An den äußeren Holztheilen ist von Politur keine Spur mehr zu bemerken; die Schilder, welche die Fahrtrichtung angeben, sind verwittert und in der Schrift verblasst; die Gitterwände beim Vorber- und Hinterrad sind vielfach gesplittert oder zeigen handgroße Löcher, an deren scharfen Kanten man sich die Kleider zerreißen; bei schlechtem Wetter kann man in die Verfluchung kommen, im Innern der Wagen den Regenschirm aufzuspannen. Von unserer Pferdebahn ist man derartige „Mischel“ auf das Publikum schon zum Ueberdruß gewohnt. Die Fremden, die im nächsten Jahre zu erwarten sind und in solchen elenden Wagen zur Gewerbe-Ausstellung fahren, können sich dann persönlich überzeugen, weshalb Spreer-Alten auf die Bezeichnung „Weltstadt“ noch immer nicht Anspruch erheben darf.

In den Wärmehallen am Alexanderplatz hatten sich am Weihnachtsabend schon früh nachmittags über 800 Personen eingefunden. Eine gleiche Anzahl Hungerer und Frierender stand an den Porten, ohne der spärlichen Gaben theilhaft werden zu können, die an diesem Abend unter der üblichen Frömmigkeit dort gespendet wurden.

Ein neues Kanalprojekt wird von der Nordbahn gemeldet. Ein Grundbesitzer in Wirlenwerder will den Lebnitz-See bei Oranienburg mit der Havel verbinden und hat zu diesem Zweck das ganze Gelände, welches der Kanal durchziehen würde, angekauft. Eine kapitalkräftige Gesellschaft wird den Bau ausführen und damit im nächsten Frühjahr beginnen. Der Kanal soll solche Tiefe und Breite haben, daß Personendampfer, wie sie auf der Oberspree verkehren, von der Havel aus in den Lebnitz-See fahren können.

Die Herabsetzung der Fernspreckgebühren für die Vororte ist den Interessenten in einem neuerdings vom Reichs-Postamt ergangenen, an den Verein der Berliner Vororte gerichteten Bescheide jetzt abermals abgelehnt worden.

Aus Groh-Lichterfelde wird uns geschrieben: Im Interesse der Kinder, welche Berliner Schulen besuchen, hat die Bahnverwaltung seit kurzem die Abfahrt des bislang 7 Uhr 8 Minuten von Siedende abgegangenen Zuges auf 7 Uhr 17 Minuten verlegt. Diese Veränderung mag im Interesse der Schüler liegen, dem größten Theil der Passagiere und namentlich den Arbeitern kommt sie jedoch sehr unangenehm. Wer um halb acht Uhr an seiner Arbeitsstätte zu sein hat, muß jetzt den Zug benutzen, der gut 6 Uhr abfährt, um dann eine fast einstufige Morgenpromenade in Berlin zu machen. Sollte es der Bahnverwaltung nicht möglich sein, etwa gegen 7 Uhr noch einen Zug einzulegen?

Nach der bestehenden älteren Vorschrift haben, wenn Personenzüge ausnahmsweise ganz oder theilweise außerhalb der Bahnsteige halten und die Reisenden dort die Wagen verlassen müssen, die Schaffner beim Öffnen der Wagenthüren zu besonderer Vorsicht aufzufordern und nöthigenfalls beim Absteigen in zuvorkommender Weise Hülfe zu leisten. Diese Bestimmung ist, wie der Minister der öffentlichen Arbeiten am 10. d. M. angeordnet hat, dem Fahrpersonal zur genaueren Beachtung in Erinnerung zu bringen und das gleiche Verhalten den Stations-beamten aufzugeben.

Auch ein Kampf um die Ehre. Es wurde kürzlich in den Blättern von einer Duellpragel berichtet, die im Grunewald am 18. d. M. stattgefunden haben soll. Ueber die Ursachen dieses Rohheitsvergehens werden uns jetzt eine Reihe Einzelheiten gemeldet, die so bezeichnend sind, daß wir es uns nicht versagen können, durch deren Wiedergabe die Sitten der maßgebenden Gesellschafts-schicht zu kennzeichnen.

Der Edelste und Beste v. G. hatte mit einer in der Friedrichstraße beschäftigten Kellnerin ein Verhältnis. Mit der Zeit meinte v. G. dahinter gekommen zu sein, daß er nicht der allein Begünstigte sei, und er gab seiner Entrüstung über die vermeintliche Untreue der Geliebten dann in recht fühlbarer und handgreiflicher Weise Ausdruck. Nach solchen bewegten Momenten kam die Kellnerin gewöhnlich mit blauen Flecken um die Augen in das Lokal, und wenn Gäste und Kolleginnen sich theilnahmenvoll nach der Ursache ihres Mißgeschicks erkundigten, dann erzählte sie offen und frei, daß es der Geliebte gewesen, der ihr solches Leid zugefügt habe. Es wird begreiflich erscheinen, daß ein in der Kueipe anwesender Referendar, der von solcher Rohheit hörte, sich sehr abfällig über diese Thaten aussprach; der Entrüstete ließ auch nicht ab vom Schellen, als der Frankenprügler nach einigen Augenblicken selber wieder die Stätte betrat, an der die Kellnerin wirkte. Es kam zu einem Wortwechsel, der bald in Thätlichkeiten ausartete; der Referendar verlor schließlich dem v. G. einen Fieb mit dem Spazierstock über den Kopf. Nun war die Ursache zu der stattgehabten Schikerei gegeben, bei welcher dann der Edelste im Arm, der Referendar jedoch im Unterleibe verwundet wurde. Wie uns noch berichtet wird, soll dieser, der sich hier zur Weihnachtszeit

schweife bei seinen Eltern aufgehoben hat, bereits seiner erliegen sein. Zur Charakteristik des „Liebhabers“ diene, daß dieser noch eine Forderung an einen Mann hat, den er mit seiner Geliebten im Café Bauer gehen hat!

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich am Donnerstag Abend 11 Uhr 50 Minuten auf der Stadtbahn zwischen Station Börse und Friedrichstraße. Als zwei Züge kreuzten, wurden an zwei Wagen des nach dem Schlesischen Bahnhof fahrenden Zuges durch ein noch nicht aufgeklärtes Ereignis sämtliche Fenster zertrümmert und zwei Türen abgerissen. Man vermutet, daß irgend ein Gegenstand, der aus dem entgegenfahrenden Zuge heraustrat, das Unheil angerichtet hat. Passagiere wurden glücklicherweise nicht verletzt.

In dem Unglücksfall im Charlottenburger Betriebe von Siemens u. Halske wird uns noch in einem eingehenden Schreiben dargelegt, daß der betrübende Vorfall, der bereits ein Menschenleben gefordert hat, nicht hätte geschehen können, wenn an dem Dampfessel genügende Absperrovorrichtungen vorhanden gewesen wären, um den Eintritt des kochenden Wassers in den Kessel, worin die vier Arbeiter beschäftigt waren, zu verhindern. Der verunglückte Arbeiter Ebeling hinterläßt eine Frau und vier unmündige Kinder. Bezahlt wird die lebensgefährliche Arbeit, bei der vier Arbeiter elend verbrüht wurden, mit dem Hungerlohn von 30 bis 35 Pf. per Stunde!

Das Elend in Berlin wird durch die Angaben des neuesten Jahrgangs des Berliner „Statistischen Jahrbuchs“ über die Frequenz des Polizeigewahrsams wahrlich recht grell beleuchtet. Im Jahre 1893 wurden von im ganzen 33 708 Personen, die mit dem Polizeigewahrsam Bekanntschaft machen mußten, 2510 wegen Diebstahls, 5595 wegen Obdachlosigkeit, 13 407 wegen Unfittlichkeit (d. h. Uebertretung sittenpolizeilicher Vorschriften durch Prostituierte) und der Rest, 4196 Personen, wegen anderer Uebertretungen (z. B. 1856 wegen Straßenauflauf und Unfug, 198 wegen unerlaubten Gewerbebetriebs, 101 wegen Trunkenheit u. s. w.) eingekerkert. Die „Stammgäste“ des Polizeigewahrsams bildeten also wieder neben den Prostituierten die Bettler und die Obdachlosen. Da ist es denn nicht zu verwundern, daß, wie im Jahre 1892, auf die kalten Monate, in denen ja das Heer der Obdachlosen und Bettelnden jedesmal gewaltig anschwillt, die meisten Einkerkelungen kamen. Eingekerkert wurden pro Tag im Januar 102, Februar 129, März 107, April 110, Mai 92, Juni 102, Juli 89, August 88, September 84, Oktober 87, November 101, Dezember 87. Für die Bettler ist neben der Zahl der zum Polizeigewahrsam eingekerkerten noch die Zahl der überhaupt aufgegriffenen (von denen in der Regel etwa die Hälfte gleich wieder entlassen wird) angegeben, und hier tritt denn auch der Einfluß der Jahreszeit in den Monatszahlen mit ungetrübter Deutlichkeit hervor. Im ganzen wurden 1893 im Polizeibezirk Berlin 19 888 Bettler aufgegriffen, und zwar pro Tag im Januar 75, Februar 96, März 64, April 49, Mai 41, Juni 33, August 38, September 42, Oktober 48, November 62, Dezember 70. Daraus, daß das Maximum auf den Februar fiel, ist wahrscheinlich die Länge der Zeit ersichtlich, die seit Eintritt des Frostes und der dadurch bewirkten starken Verminderung der Arbeitsgelegenheit verfloßen ist, und in dieser Hinsicht ist eben der Februar meist der ungünstigste Monat des Jahres. Die Frequenz des Polizeigewahrsams würde dann mehr nur in direkter durch die Witterung beeinflusst, insofern nämlich, als diese bei vielen Arbeitern, namentlich bei den „Ungelehrten“, von Einfluß auf den Umfang der Arbeitslosigkeit ist.

Ein trauriges Weihnachtsfest erlebte die Familie des Goldmannshändlers Alms in der Meinen Almsstr. 83. Am Weihnachtsheiligen Abend begab sich Frau A. nach dem Wohnzimmer, um hier den Weihnachtstisch zu ordnen und die Geschenke für den Gatten sowie für ihr vierjähriges Töchterchen aufzubauen. Frau A. verblieb jedoch ungewöhnlich lange im Zimmer und die Zeit rückte heran, da der Baum angezündet werden sollte. Vergeblich pochte Herr A. an die Thür des Zimmers, in welchem sich die junge Frau eingeschlossen hatte, vergeblich rief er die Gattin beim Namen. Im höchsten Grade beunruhigt erdrach nunmehr der Mann die Thür und fand eintretend die Frau leblos auf dem Fußboden liegend, in der bereits erstarrten Hand eine Puppe für ihr Kind haltend. — Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur den durch Verschlagen erfolgten Tod der Frau A. konstatieren.

Eine „nette Bescherung“ wurde der in der Mollanstraße 13 wohnenden Kaufmannsfamilie Holzgarten zu Theil, deren Wohnung sich in der zweiten Etage des Hauses befindet, während der Geschäftsabende des Herrn H. im Parketeur belegen ist. — Am heiligen Abend, nachdem der Aufbau der Geschenke beendet, begab sich Frau H., um dem Gatten zu helfen, nach dem Laden hinunter, woselbst auch die Kinder des Ehepaares weilten. Als nun die Zeit der Bescherung gekommen, begab sich die Familie nach der Wohnung zurück und fand die Korridorthür offen stehend. Im Wohnzimmer aber stand noch der Tannenbaum, jedoch leer und kahl, die darunter aufgestellten Geschenke waren verschwunden. Jedenfalls hatte Frau H., als sie in den Laden hinunter ging, vergessen, die Korridorthür zu schließen, und ein Stromer hatte wohl die Gelegenheit benutzt, in die Wohnung einzudringen, um alle nützlichen Weihnachtsgaben der Familie H. für sich zu verwenden. Der Dieb hatte gründlich ausgeräumt und die mehrere Hundert Mark betragenden Geschenke mitgenommen.

Um 50 000 Mark hat jener Walthar Oppenheim seine Mutter bestohlen, von dem sie kürzlich berichteten, daß er für 10 000 M. bayerische Staatsanleihen in einem hiesigen Bankgeschäft in der Friedrichstraße umgesehen suchte, und dann unter Zurücklassung der Papiere nicht wiedergekommen sei. Der hoffnungslose Sohn beging den Diebstahl, um einer Zänkerin, in die er verfallen war, nachzulaufen.

Vernicht wird seit dem 7. d. M. der Schneiderlehrling Hermann Borchard, der bei Puhle, Preussener Allee 20, in der Lehre war. Es wird gebeten, Mittheilungen über den Verbleib entweder an obige Adresse oder an die Eltern, Schweinmünderstraße 120, Hof 2 Treppen, gelangen zu lassen.

Herr P. Guttman, Stallbesitzer, 20, sendet uns eine Zuschrift, in der er darlegt, daß die Berichtigung unrichtig sei, welche Herr Flehm in Nr. 287 unseres Blattes auf den in Nr. 275 unter der Spitzmarke „Was man einer Aufwärterin zu bieten mag“ abgedruckten Artikel veröffentlicht hat. Er halte seine Darstellung, die zuerst in der „Märkischen Volksstimme“ veröffentlicht worden, aufrecht.

Ein unglücklicher Liebes hat sich am ersten Feiertage nachmittags zwischen 4 1/2 und 5 Uhr die 23jährige Stickerin Emma Eckart aus der Fähringerstraße 4 durch Gift getötet. Das Mädchen war seit anderthalb Jahren mit dem 23jährigen Kaufmann Otto Finger, dem Sohne eines Hausbesizers aus der Elisabethstraße verlobt. Die Eltern wollten eine Heirat mit dem armen Mädchen aber nicht zugeben; als ihr alle Hoffnung geschwunden war, nahm Emma Eckart Cyankali zu sich.

Das Schicksal. Von einem tragischen Geschehnisse wurden am Montag in Werder a. S. zwei Familien betroffen. Der 13jährige Sohn Adolf des Obdachlosen Karl Heintze hatte mitläßig seinen Onkel, den Obdachlosen Ferd. Senf, besucht und sich dort in den Stall begeben, wo seine 13jährige Kousine Martha ein Pferd fütterte. Im Stalle hing ein geladenes Gewehr, welches Adolf Heintze, ohne daß er wußte, daß es geladen war, von der Wand nahm, scherzweise auf seine Kousine anlegte und dabei fragte: „Martha, soll ich mal schießen?“ In demselben Augenblick trachte auch schon der Schuß und Martha

Senf sank, von einer vollen Schrotladung in die linke Schläfe getroffen, zu Boden und war nach einer Viertelstunde eine Leiche.

Ein tödtlicher Ausbruch hat der Unfall genommen, der am 28. d. M. dem 23jährigen Zimmerer Stiller aus Alt-Moabit Nr. 19 auf einem Neubau in der Benfelfstraße zustieß. Stiller glitt beim Verlegen der Balken für das Dachgeschoß aus und stürzte kopfüber auf das Straßenpflaster hinab. Im Krankenhause zu Moabit ist der Verletzte an einem Schädelbruch gestorben.

Unter das Eis ist am zweiten Feiertage ein unbekannter Mann verschwunden, der in früher Morgenstunden an der Fruchtstraße über die Spree gehen wollte. Leute, die ihn aus der Ferne sahen, bemerkten, daß er plötzlich einbrach und nicht mehr zum Vorschein kam. An der Einbruchsstelle wurde ein kleiner Beutel mit einigen Pfennigen gefunden. Nachforschungen nach der Leiche, mit denen sofort begonnen ist, haben bisher keinen Erfolg gehabt.

Polizeibericht. Am 24. d. M. nachmittags liefen in der Trunkenheit zwei Männer, und zwar einer in der Friedrichstraße und der andere in der Oranienstraße, gegen vorüberkommende Fußgänger und wurden durch Ueberfahren schwer verletzt. — Gegen Abend wurde auf dem Bahngelände der Hamburger Eisenbahn ein Arbeiter bei der Arbeit durch einen Eisenbahnwagen gegen eine Wand gedrückt und auf der Stelle getödtet. — Ein Dienstmädchen versuchte sich aus unglücklicher Liebe zu tödlen, indem es eine Phosphor-Kügelung trank, die es sich aus Streichhölzern zurecht gemacht hatte. Der sofort herbeigeholte Arzt wendete die erste Gefahr ab. — Abends stürzte sich ein Mann, der schon wiederholt Spuren von Geistesstörung gezeigt hatte, in dem von seiner Mutter bewohnten Hause vom Treppenhof auf den dritten Stock auf den Fluß hinab und blieb sofort todt. — Am 25. d. M. gegen Mittag sprang ein 14 Jahre altes Mädchen aus der in der Gubrystraße belegenen elterlichen Wohnung auf den Hof hinab und erlitt schwere innere und äußere Verletzungen. — Nachmittags wurde eine Stickerin in einem Hause in der Fähringerstraße todt in der Bettdecke aufgefunden. Nach hinterlassenen Schreiben hat sie sich infolge unglücklicher Liebe vergiftet. — Am 26. d. M. morgens brach ein Mann, welcher an der Fruchtstraße auf dem Eise über die Spree zu gehen versuchte, ein und ertrank. — In der Prinzessinnenstraße fiel vormittags eine Frau infolge der Glätte hin und brach ein Bein. — In der Nacht zum 27. d. M. sprang ein Buchbinder von der Friedrichsbrücke in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen.

Witterungsbericht vom 27. Dezember 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebar. auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C.).
Swinemünde.	766	SW	3	Schnee	-0
Hamburg.	760	W	1	bedeckt	-2
Berlin.	767	W	3	bedeckt	-4
Bielefeld.	767	D	1	bedeckt	-10
München.	764	NO	4	Nebel	-7
Wien.	763	SW	2	wolklos	-7
Daparaiba.	773	Still	—	wolkig	-19
Petersburg.	760	NO	2	Schnee	-7
Cord.	767	D	3	bedeckt	6
Abereen.	771	SW	1	bedeckt	2
Paris.	764	NO	1	bedeckt	3

Wetter-Prognose für Sonnabend, 28. Dezember 1895.

Zeitweise heiteres, vorherrschend wolfiges Großwetter mit mäßigen nördlichen Winden, ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Die Frage, ob die Fabrikanten, welche zugleich Inhaber von Verkaufsläden sind, des Sonntags Arbeiter mit dem Aufhängen von Hüten beschäftigen dürfen, beschäftigte dieser Tage den Straßensatz des Kammergerichts. Der Hofbühnenmacher Müller hatte in einem kleinen Zimmer neben seinem Laden des Sonntags gegen 9 Uhr früh Hüte aufhängen lassen. Die Inhaber offener Geschäfte betrachteten diese Thätigkeit, da es sich meist um Kunden handelt, als eine zu ihrem Handelsgewerbe gehörige. Müller wurde aber wegen der fraglichen Sonntagsarbeit zur Verantwortung gezogen; es wurde ihm Verlegung des § 108 Absatz 1 der Gewerbeordnung vorgeworfen, welcher u. a. auch die Sonn- und Festtagsbeschäftigung von Arbeitern in Werkstätten untersagt. Das Schöffengericht verurtheilte ihn auch zu einer Geldstrafe von 3 M., die Strafkammer sprach ihn jedoch wieder frei, in der Annahme, man habe es hier mit einer dem Handelsgewerbe unterfallenden Thätigkeit zu thun. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Straßensatz des Kammergerichts für begründet erachtet. Gehöre auch die Thätigkeit im Laden, das Verladen von Hüten unstreitig zum Handelsgewerbe, so sei doch die Reparatur getragener Hüte, und somit auch das Aufhängen von solchen, dem Handwerksbetriebe zuzurechnen, und es dürfe infolge dessen an Sonn- und Festtagen überhaupt kein Arbeiter damit beschäftigt werden. Der Fall wurde in die Vorinstanz zurückgewiesen.

Zum Prozeß Sanke. Gegen das Urtheil des Schwurgerichts, welches die unverschämte Elise Sanke wegen jahrlängiger Züchtung zu drei Jahren Gefängnis verurtheilt, ist, wie wir einer Korrespondenz entnehmen, seitens der königlichen Staatsanwaltschaft die Revision eingelegt worden.

Gegen den Affessor Wehlan ist ein neuer Verhandlungstermin vor der Zivilkammer in Potsdam auf den 7. Januar nächsten Jahres anberaumt worden.

Das Vermögen des Eisenbahnflüchtlings durch Betrug um 29 M. geschädigt zu haben war der Fuhrherr Otto Stübenbeck beschuldigt gewesen, dem Schöffengericht aber freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft legte jedoch Berufung ein, weil sie das Urtheil für unrichtig hielt. Die Verhandlung vor der Berufsungs-Strafkammer ergab folgenden Thatbestand: Der Angeklagte betreibt mit seinem Bruder Paul gemeinsam ein Fuhrgeschäft unter der Firma „Gebrüder Stübenbeck“. Im Jahre 1894 traten dieselben mit der Zuckerraffinerie Oschersleben in Unterhandlung und verpflichteten sich, vom 20. Oktober ab täglich 30 Waggons Baumaterialien vom Bahnhof zu der Baustelle der Raffinerie abzufahren. Hierzu waren 13 Gespanne nöthig, die am 18. Oktober mittags per Gültgut nach Oschersleben auf die Bahn gegeben wurden. Dieselben sollten drei Eisenbahnmänner aus, für jeden von ihnen war ein freier Begleiter erlaubt. Als in Wusterwitz zufällig durch Beamten eine Revision stattfand, entdeckte man, daß nicht drei, sondern 13 Leute in die drei Waggons vertheilt waren, es waren dies die Kutscher für die dreizehn verschickten Gespanne. Zehn derselben hatten daher ohne Fahrkarten die Reise angetreten, während drei derselben auf dem Beförderungsschein als Begleiter aufgeführt waren und keine Fahrkarten brauchten. Der Angeklagte fuhr mit demselben Zuge in einem Abtheil vierter Klasse. Als er zur Rede gestellt wurde, holte er den Beförderungsschein hervor und schien höchst verwundert, als er auf demselben allerdings nur 3 Begleiter aufgeführt fand. Er behauptete, daß sein Bruder Paul die Angelegenheiten mit der Bahnverwaltung verhandelt und die Fracht mit 500 M. bezahlt habe. Ihm hätte sein Bruder mitgetheilt, daß sämtliche Sachen geordnet, alle Fahrgelder bezahlt seien, weswegen er sich den Be-

förderungsschein nicht mehr genauer betrachtet habe. Da die Bahnverwaltung nur für die 10 Kutscher nicht nur die einfache Fahrt nachträglich bezahlt haben wollte, sondern zur Strafe das Doppelte, was jedoch von dem Angeklagten verweigert wurde, so war gegen den Angeklagten wegen Betruges vorgegangen worden. Die Beweisnahme ergab, daß tatsächlich der Bruder des Angeklagten die Verhandlungen wegen des Transportes geleitet hatte und daß hierbei die Rede davon gewesen war, daß die übrigen Kutscher mit auf dem Beförderungsschein aufgeführt werden sollten, damit für die Zuckerraffinerie ein Belag vorhanden sei, weil diese die Fahrgelder zurückerhalten mußte und die Fahrkarten doch wieder am Ende der Fahrt zurückgefordert werden. Der Staatsanwalt wollte zwar aus einigen Punkten der Zeugenaussagen das Schuldverhältniß des Angeklagten herausfinden und beantragte 100 M. Geldstrafe, der Gerichtshof verwarf jedoch die Berufung und bestätigte somit das freisprechende Urtheil, da der Angeklagte zweifellos in gutem Glauben gehandelt hatte.

Wie der Staat seine Arbeiter bezahlt, zeigt wieder einmal recht drastisch eine Verhandlung vor der Strafkammer des Magister Landgerichts. Stand da, so schreibt man uns aus Mainz, vor den Gerichtstribunen der einarmige, noch jugendliche Schreibgehilfe Richard Venzender aus Korbheim, angeklagt der Unterschlagung von Staatsgeldern im Amt. Der Angeklagte, dem seine Vorgesetzten ein günstiges Zeugnis ausstellten, war geschäftig und behauptete, in Noth gehandelt zu haben. In der Beweisnahme ergab sich, daß er seit neun Jahren beim Magister Landgericht gegen das Gehalt von 88, sage und schreibe dreihundertfünfzig Mark pro Monat beschäftigt war und davon auch seine Mutter, eine bedürftige Wittwe, unterstützt hat. Das Gericht ließ für den armen Reklimirer Umstände walten und verurtheilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Verfassungen.

Im fünften Wahlkreis wurde am dritten Feiertage eine gut besuchte Volksversammlung abgehalten, wo Genosse Nutt über die gegenwärtige politische Situation referirte. Er führte ungefähr aus: Unsere heutige politische und wirtschaftliche Lage zeigt überraschende Ähnlichkeit mit der Situation um das Jahr 1878. Abg. Kardorff hat bei der Staatsdebatte diesen Vergleich treffend ins Feld geführt. Wie lagen denn die Dinge 1878? Die ökonomische Lage war durch die Krise, durch Arbeitslosigkeit und Geschäftsstille gedrückt; Militärausgaben, Belastung durch indirekte Steuern standen in Aussicht, für die im Reichstage zunächst keine Majorität vorhanden war. Selbst die Junker sind damals noch gegen die Schutzölle und die indirekte Besteuerung aufgetreten. Fürst Bismarck war daher in Noth, seine Politik durchzuführen. Zwei großartige sozialdemokratische Kundgebungen aus Anlaß der Verdringung zweier Parteigenossen trieben der Bourgeoisie die Angst in die Knochen; dazu kamen noch die beiden Attentate gegen Kaiser Wilhelm I., und Bismarck begann mit seinem Werke, seine Steuerpläne durchzuführen. Unter dem Einbruch des zweiten Attentats vollzog sich die 78er Wahl, die Bismarck den gewünschten gesügigten Reichstag brachte. Es kam zunächst das Sozialistengesetz und nach ihm der Auszug auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Nebenbei brach eine Zeit der Majestätsbeleidigungs-Prozesse an. Die freisinnigen Zeitungen waren an der Spitze hervortretend beteiligt. Dazu kam die gesellschaftliche und wirtschaftliche Achtung der Arbeiter seitens der Fabrikanten. Mit dem Sozialistengesetz kam über Berlin der Belagerungszustand; 67 Parteigenossen wurden sofort ausgewiesen, die sozialistische Presse unterdrückt, jedwede Fühlung ging verloren, jeder organisatorische Zusammenhang war unterbrochen. Zunächst freilich triumphirte Bismarck's Reaktionspolitik, die indirekte Besteuerung wurde durchgebrückt. Aber trotz aller Noththeile dieses Ausnahmegesetzes ging die Sozialdemokratie gestärkt und vermehrt aus dem Kampfe hervor und Bismarck blieb Besiegter. Die Stimmen fielen von 403 288 im Jahre 1877 auf 1 427 298 im Jahre 1890. Nun kam der Kampf mit den sogenannten geistigen Waffen; wir wurden unter das gemeinsame Recht gestellt. Aber die geistigen Waffen unserer Gegner haben uns genügt, die Sozialreform mitleidete, die Sozialdemokratie wurde 1893 die stärkste Partei im Reich. Das Glaslo der Gegner war vollständig. Redner schildert die seit 1893 versuchten Verfassungsveränderungen gegen die Sozialdemokratie, insbesondere das Koller'sche Reglement, die Milderung der Justiz, den allerneuesten Septemberkurs, die Auflösung der Organisationen in Berlin infolge einer Gesetzesinterpretation, welche bei konsequenter Handhabung schließlich zur Auflösung auch jeder GPe führen würde. Alles nützt nichts, daher jetzt die Scharfmacherepläne eines Freiherrn von Stumm, eines Bismarck. Diese Leute fühlen jetzt wieder ihre Zeit gekommen, um uns zur Verweissung und zu tollen Streichen zu treiben. Also das gleiche Spiel wie im Jahre 1878. Und wenn die heutige Gesellschaft erklärt, daß die bisherige Art der Unterdrückungspolitik nichts nützt, so ist das eine Bankrotterklärung dieser Gesellschaft, die das arbeitende Volk durch Wegnahme des politischen Wahlrechts zur Verweissung und Gewalt treiben will. Aber die deutsche Sozialdemokratie wird an dem allgemeinen Wahlrecht nicht rütteln lassen. Den Gegnern würde ein solcher Verfassungsbruch schlecht zu stehen kommen. Die deutsche Sozialdemokratie, die mit Bismarck und Caprioli fertig geworden ist, wird auch mit dem neuesten und allerneuesten Kurse fertig werden. Der Referent schlägt zum Schluß als Vertrauensmann des fünften Wahlkreises den Genossen Jakob Reul (Hörsingstr. 21) vor, der darauf einstimmig gewählt wird. Von einer Diskussion über das ausgelegte Referat nimmt die Versammlung auf Vorschlag Abstand und geht mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie aus einander.

Im Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am 22. Dezember Genosse Ost ein Vortrag über Pflichten und Rechte der Mitglieder, worin er u. a. nachwies, daß nur eine kräftige und geschulte Organisation im Stande ist, den Kampf gegen den Kapitalismus mit dauerndem Erfolge zu führen. Um so dringlicher sei für den organisierten Arbeiter die Pflicht, der Organisation unter allen Umständen treu zu bleiben und auch finanzielle Opfer nicht zu scheuen, die ihrthalben gebracht werden müssen. Die Unterstützung der Arbeiterpresse empfahl der Redner den Versammelten ebenfalls nachdrücklich. In der Diskussion über den interessanten Vortrag äußerte Paesler, daß die Zimmerer sich in geistiger Beziehung mehr ausbilden sollten; weiter meinte er, daß bei Streiks nicht immer die Frage, wie viel man Unterstützung bekomme, in den Vordergrund gedrückt werden dürfe, sondern man müsse sich sagen, daß man sich schon aus reinem Klasseninteresse aus Eitelkeit der kämpfenden Kameraden zu stellen hat. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten im allgemeinen deckte, wurde hierauf einstimmig angenommen. Grabsdorf und Fischer kritisirten dann das Verhalten der Generalkommission in Beziehung auf die Art und Weise der Einberufung des nächsthierigen Gewerkschafts-Kongresses; die General-Kommission habe aus nichtsagenden Gründen die Lokalorganisationen von der Theilnahme am Kongress ausgeschlossen, das sei undemokratisch und verdiene ein Mißtrauensvotum. Lehmann theilte hierzu kurz die Meinungen einzelner Gewerkschaftsvertreter mit, die diese in der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission geäußert hatten, und hielt es für unmöglich, daß, wie die Zentralisation verlangten, die Politik von den gewerkschaftlichen Organisationen ferngehalten werden könne. Aus dem weiteren Verlauf der Versammlung sei noch erwähnt, daß Fischer die auf der Gewerbe-Ausstellung beschäftigten Kameraden aufforderte, ihn aber die dort herrschenden Mißstände zuverlässiges Material recht bald zu übermitteln, damit er dieses so schnell wie möglich der Öffentlichkeit bekannt geben könne.

Vermischtes.

Auf der Universität Göttingen studiren im gegenwärtigen Winter 31 Damen. Die meisten von ihnen sind bei der philosophischen Fakultät eingeschrieben und studiren Geschichte, neuere Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften; jezt zum ersten Male befindet sich aber auch eine Medizin studierende Dame unter den dortigen Studentinnen.

Aus Schweden wird berichtet: Am 24. Dezember d. J. abends gegen 9 Uhr, wurde an einem Bahnübergang zwischen Kottin und Wistahage ein mit leeren Milchkannen beladener Fuhrwerk von einem Güterzuge überfahren und dabei der hinten auf dem Wagen sitzende Arbeiter Kryscolem aus Wilegn getödtet. Das Gefährt und der Fahrer blieben unverletzt.

Im Hafen zu Königsberg i. Pr. ist die Seeschiffahrt wegen zu starken Frostes am Freitag eingestellt worden.

Auf der Insel Helgoland wohnen nach der neuesten Volkszählung 2240 ortsanwesende Personen, davon 992 männliche und 1174 weibliche Personen und 74 aktive Militäre. Das weibliche Geschlecht ist also in der Mehrheit und zwar um 183 Personen im „Civil“. Seit der vorletzten Volkszählung ist somit eine Zunahme der Bevölkerung Helgolands von rund 150 Personen zu verzeichnen. Die Zahl der bewohnten Häuser beträgt 528; außerdem befinden sich auf der Insel 7 Anstalten.

Aus dem Kriege. Aus Kopenhagen schreibt man der „Frankf. Zig.“: Ein hiesiger Kapitän hatte in der letzten Zeit an heftigen Kopfschmerzen gelitten und gleichzeitig Anfälle gehabt, während deren er furchtbare Visionen hatte und völlig tollsüchtig wurde. Er wurde zu einem Irrenarzt gebracht, und als dieser ihn fragte, ob er nicht eine Begebenheit, die er mit seinen Visionen in Verbindung bringen könne, erzählt habe, erzählte der Patient, er habe am deutsch-französischen Kriege 1870 theilgenommen und die blutige Schlacht bei Gravelotte mitgemacht (auf welcher Seite wird nicht gesagt). Während der Schlacht habe er den Befehl erhalten, eine bestimmte, näher bezeichnete Stellung so schnell als möglich einzunehmen, und um rasch dahin zu kommen, einen Hohlweg zu passieren. Als er daselbst anlangte, fand er denselben mit Todten und Verwundeten ganz gefüllt. Die Leichen lagen in Schichten über einander und die Verwundeten streckten stehend die Hände gegen ihn aus, daß er mit seinen Kanonen nicht über ihre Leiber hinwegfähre. Der junge Offizier, der noch gegen die Schrecken des Krieges nicht abgehärtet war, mußte jedoch dem Befehle gehorchen — die Kanonen der Verwundeten und das Krachen der Gewehre, die unter dem Gewicht der Kanonen gerathen wurden, machten einen schrecklichen Eindruck auf ihn, sein Pferd glitt in einer Blutlache aus und er selbst stürzte zu Boden. Er wurde ins Lazareth geschafft, wo die Wunden in der Schläfe, die er durch den Sturz vom Pferde davongetragen, geheilt wurde. Er kehrte dann nach Dänemark zurück und hatte seit der Zeit mehrmals jährlich die schweren Anfälle und Visionen. Als der Arzt dies erfahren hatte, untersuchte er den Patienten von neuem und fand eine kleine Narbe an der linken Schläfe. Er öffnete die Stelle und fand, daß ein Splitter eines Knochens sich gelöst hatte. Derselbe wurde entfernt und seitdem ist der Kapitän völlig hergestellt.

Nach einer bei Lloyd in London eingegangenen Depesche aus Vigo (Spanien) langte der Dampfer „Scot“ auf der Fahrt von Southampton nach Kapstadt dort mit stark beschädigtem Schiffe an.

Aus Dublin wird berichtet: Ein Rettungsboot, welches ausgelaufen war, um die in bedrängter Lage befindliche Besatzung eines Schiffes in der Bucht von Ringstown zu retten, schlug um; 16 Personen ertranken. — Auf der Höhe von Dunganvan strandete das Schiff „Moreby“; von der Besatzung ertranken 17.

Auf dem Bahnhof von Langendreeer entgleiste am Donnerstag bei der Ausfahrt der mit zwei Lokomotiven bespannte Personenzug nach Bochum. Die erste Maschine fiel um und begrub den Lokomotivführer sowie den Heizer unter sich. Der Heizer war sofort todt, der Lokomotivführer wurde erst nach sechs Stunden unter den Trümmern der Maschine hervorgezogen; derselbe ist bereits gestorben. Das Hauptgeleise wurde für längere Zeit gesperrt, die Maschine ist völlig zertrümmert. Von den Passagieren ist keiner verletzt.

Unweit des Hafens von Algier stießen am Donnerstag der unter holländischer Flagge segelnde englische Dampfer „Vellero“ und der französische Dampfer „Emile Deloife“ zusammen. Der letztere sank. Zehn Personen ertranken, darunter sechs Araber.

Aus Yokohama meldet der Telegraph: Der Kreuzer „Kawaning“, welchen die Japaner den Chinesen im japanisch-chinesischen Kriege weggenommen hatten, ist bei den Pescadore-Inseln am 21. Dezember gescheitert; mehrere Offiziere und etwa 60 Mann werden vermisst.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

H. G., Goldstraße. Ist es Ihnen nicht möglich, mit einem oder einigen der Mädchen zu uns zu kommen?

Dörd. 100. Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hilfe aufgefordert wird und dieser Aufforderung keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte, ist mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haftstrafe bis 6 Wochen bedroht. Sonstige Aufforderungen zu Hilfeleistungen sind nicht strafrechtlich geschützt. Ein solcher Schutz ist auch entbehrlich. — P. M. Moabit. Sie befinden sich in dem weit verbreiteten Irrthum, die Unfallrente sei wirklich eine Rente, die das Leben eines Rentiers ermöglicht. Sie lassen sich durch den Namen täuschen. Sobald Ihnen ein definitiver Feststellungsbescheid zugeht, sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — L. M. Verjährt in 2 Jahre. — Erbschaft. Eine Aufforderung seitens des Gerichts, sich zu erklären, ob man Erbe sein oder entlagen wolle, erfolgt im allgemeinen nicht. Die Erklärung, daß man entlagen wolle, muß innerhalb sechs Wochen und wenn der Erbberichtigte über vierzig

Meilen vom Wohnort des Erblassers wohnt, innerhalb drei Monaten nach erlangter Kenntnis vom Tode (oder vom Erbanfall) erfolgen. Giebt der Erbberichtigte innerhalb dieser Frist keine Erklärung dem Gericht ab, so gilt er als „Erbe mit der Nachschußhaft des Inventars“, d. h. als Erbe, der für die Schulden nur soweit haftet, als Nachschuß vorhanden ist. Er muß dann aber innerhalb sechs Monaten ein Nachschuß-Inventar beim Erbschaftsgericht niederlegen. Verabsäumt er dies, so haftet er auch mit seinem Vermögen für die Nachschulden.

H. S., A. G.: Ja. — 20. Nach Ihrer Darlegung leiten Sie, und zwar nicht nur vorübergehend, eine Abtheilung des Betriebes und beziehen nicht Alfordlohn, sondern feste Bezüge. Trifft dies zu, so sind Sie Werkmeister. Da über Kündigungsfrist nichts zwischen Ihnen vereinbart ist, so kann der Vertrag nur zum 1. Januar, 1. April, 1. Juli oder 1. Oktober und nur zum mindesten sechs Wochen vorher erklärter Aufkündigung gelöst werden. Die Kündigung muß also, um Gültigkeit auch gegen den Willen des Gefündigten zu haben, spätestens am 17. Februar (im Schaltjahr am 18. Februar), am 19. Mai, am 19. August oder am 19. November dem anderen Theil gegenüber ausgesprochen oder schriftlich zugekommen sein. — B. B. Weiten. Rechtsanwalt Heine wohnt Mathewerstraße 1. — Biechel. Die Kosten scheinen um etwa 5 M. zu hoch zu sein. Lassen Sie es auf gerichtliche Festsetzung derselben ankommen. — W. T. 16. Von dem Erzeuger des außerordentlichen Kindes kann die Mutter „Nebentunfs- und Taufkosten, ferner sechs-wöchentliche, dem Stande der Geschwächten angemessene Verpflegung, sowie auch andere durch die Schwangerschaft oder durch das Wochenbett herbeigeführte unvernünftliche Kosten“ fordern. Das Kind hat von seinem Erzeuger Unterhalt und Verpflegung bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre zu verlangen. Bei Festlegung der Sätze sollen so hohe Alimmente gezahlt werden, als für Leute vom Bauern- oder gemeinen Bürgerstande zur Erziehung eines ehelichen Kindes nebst Schul- und Lehrgeld erforderlich sind. Bestimmte Sätze kennt das Gesetz nicht. Die Praxis nimmt als hinreichend monatlich 15 M. bis zum zurückgelegten 4. Lebensjahre, von da an 18 M., manchmal auch weniger an. In Ausnahmefällen reicht die Alimentationsverpflichtung über das 14. Lebensjahr hinaus. Diese Bestimmungen gelten für Berlin und überhaupt für das Gebiet des allgemeinen Landrechts. Anderwärts sind andere Bestimmungen maßgebend. — G. W. M. Schritte wären aussichtslos. — A. A. 1. Die Anmeldung muß die betreffende Sache gesellen lassen. 2. Darf sie nicht. Klagen Sie auf Zahlung Ihres Lohnes. — G. G. G. Müller. Rein. — A. 2. 100. 1. Ja. 2. Aus dem Jahre 1890. — Max 63. 1. Rein. Theilen Sie dem Gericht mit, daß Sie der nochmaligen Eidesleistung widersprechen. 2. Nein. 3. Ja. — Kieferstr. 15. So viel ersichtlich, sind Sie invaliditätsrentenberechtigt. Sprechen Sie mit den Kapirren gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor.

Briefkasten der Expedition.

Neue Welt-Ansander 1896 ist vollständig vergriffen, ebenso Neujahrsummer des „Wahren Jacob“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 28. Dezember.
Opernhaus. Margarethe.
Schauspielhaus. Das Hungerloos.
Kroll's Theater. Nachm. 4 1/2 Uhr: Hänsel und Gretel. Die Puppenfee.
Abends 7 Uhr: Wie die Alten singen.
Deutsches Theater. Welche dem der lügt.
Berliner Theater. Nachm. 3 Uhr: Prinzessin Goldhaar.
Abends 7 1/2 Uhr: Casemann's Töchter.
Kessing-Theater. Komödie Guckel.
Heeres Theater. Bruder Martin.
Schiller-Theater. Nachm. 3 Uhr: Die sieben Geiseln. Der verwunschene Prinz.
Abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.
Residenz-Theater. Hals über Kopf.
Vorher: In doppelter Befehlung.
Adolph Ernst-Theater. Frau Ebenhagen.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Fortunio's Lied. Die kleinen Zimmer.
National-Theater. Der Glöckner von Notre-Dame.
Juchens, das Waldmädchen.
Theater Unter den Linden. König Chilperich.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, nachm. 8 Uhr: Letzte Kinder-Vorstellung: Die sieben Geiseln.
Der verwunschene Prinz.
Abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.
Sonntag, nachm. 8 Uhr: Die sieben Geiseln. Der verwunschene Prinz. Ein Pöner zweier Herren.
Abends 8 Uhr: Götter von Perilungen.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Sonnabend, 28. Dezember 1895:
Zum 111. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Will. Mannstätt.
Musik von Julius Einöderhofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Große Doppel-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen:
Der Glöckner von Notre-Dame.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Regie: Max Samst.
Zum Schluss:
Juchens, das Waldmädchen.
Burleske mit Gesang und Tanz von Hugo Busse.
Regie: Max Samst.
Morgen: Einmaliges Gastspiel des Herrn Hans Proger vom Stadttheater zu Mainz:
Sean, oder Genie u. Leidenschaft.
Zum Schluss:
Juchens, das Waldmädchen.

Alexanderplatz-Theater.
Heute 8 Uhr. Zum 68. Male:
Die kleinen Zimmer.
Vaudeville in 2 Akten von E. Barney.
Vorher: Fortunio's Lied. Operette.
Morgen Sonntag 4 Uhr (Rage 1 M., Parquet 50 Pf.):
Der Weihnachtsmann.
Weihnachtsposse in 3 Akten.
Abends 8 Uhr:
Die kleinen Zimmer.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 7. Male:
Frau Tokengrin.
Schwank mit Gesang in 5 Akten von Ed. Jacobson und W. Mannstätt.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Concerthaus Sanssouci
Kottbuserstraße 4a.
Sonntag, den 29. Dezember:
Soiree der altbeliebten Stettiner Sänger
(Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Anfang 7 Uhr. — Entree 50 Pf.
Montag, den 30. Dezember:
Soiree in der Victoria-Brauerei.
Dienstag, den 31. Dezember:
Große Sylvester-Alt-Soiree in Bämler's Türkischem Zelt (Charlottenburg).
Mittwoch, den 1. Januar 1896:
Neujahrst-Soiree in Sanssouci.

Urania
Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.
Passage-Panopticum.
42 Mädchen vom andern Ende der Welt (Jamaica).

Kaiser-Panorama (Passage).
In dieser Woche: Zweite Reise: Riesengebirge. Zweite Wanderung: Böhmer Oberland. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonn., 8 Reisen, um 12 M.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Nen: Theatrum mundi! (Mechanisches Welttheater.)
Im Illusions-Saal:
Allerseelen.

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Börsen).
Sonnabend, den 28. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung!
Sensationeller Erfolg!
Juchens, das Waldmädchen.
Schwimmende Elefanten und schwimmende Pferde mit Reitern.
Grandioses Ballet.

Außerdem: Sonor Fossi mit seinem großartig dress. span. Stier. Grande Batonda americana, mit Salto und Doppelsalto über 1-10 Pferde. Ein hippolog. Potpourri, dress. und vorgef. vom Dir. Busch. Mme. Maria Doré als Schutzeiterin. Austr. der Clowns Gebr. Canasini, Gebr. Rossi, Gebr. Dur, Mr. Weideman und Com-Com. Preise der Plätze: Rage 5 M., Parquet 3 M., Balkon 2,50 M., 1. Platz 1,50 M., 2. Platz 1 M., Gallerie 50 Pf.
Sonntag: 2 Vorst. nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise und ein Kind frei): Ein Weihnachtsbaum.
Abends 7 1/2 Uhr: Juchens.

R. Kettner, Kunstschank, Holzmarktstr. 13, Vereinszimmer mit Piano zu vergeben. 39792

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.
Düring-Quintett.
Les Piechianist.
Kilian's lebende Bilder.
Das sensationelle Gemälde Die Geld-Heirath u. f. w. u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Am 31. Dezember 1895:
Grosse humor. Sylvester-Feier.

Kaufmann's Variété-Theater.
Königsstraße, Kolonaden.
Nur noch bis 31. Decbr.:
Das zugkräftige Programm!
26 Nummern.
Die ausgezeichnete, pikante, tolle Burleske:
Coulissen-Geheimnisse.
Artisten-Revue.

W. Noack's Konzert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstr. 16.
Große Aufstellung von Weihnachtsbäumen mit unzähligen buntfarbigen elektrischen Glühlampen.
Am 1., 2. u. 3. Weihnachtstages: Grosses Konzert. Theater-Vorstellung. Ball.
Ein moderner Rast-Salon.
Vaudeville in einem Aufzuge von P. Arronge.
Pascha Rattaschingratata.
Operetten-Burleske in einem Akt von G. Lindner.

Empf. Freunden und Bekannten mein
Weiß- und Baireibier-Local.
Versch. Fach- u. Tageszeitungen lieg. aus.
H. Lohm, Mohrenstr. 37, früher Brandenburgerstr. 11. 40612

Paul Kobus,
O., Nigackerstr. 127, empfiehlt sein
Weiß- u. Baireibier-Local.
Gr. Vereinszimmer mit Piano.

Reich und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hirschke, gegründet 1872, Staligerstr. 13, Ecke Admiralsstraße, am Kottbuser Thor. 13572
Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Quadrat.
Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Kippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 82231.
J. F. Hirschke, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Der 1. Januar zu vergeben
Brochnow's Ballsäle.
4074L. Sebastianstr. 39.

Paster's Festfale
Neue Königsstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. 39911.
Grünau. G. Lindenhayn, Gastwirth, hält seine Lokalitäten best. empfohlen.
Vorwärts nach Wiesenstraße 19a. Ca. 6 1/2 Pfd. Brot für 50 Pf.

Herrenmützen
sind diesmal ausnahmsweise einzeln zum Fabrikpreise direkt in der Fabrik zu haben. Landsbergerstr. 111.
Mehlwurm. Schd. 10 Pf. Kürafferstr. 20 II.

Mühlenstr. Nr. 8
nahe Oberbaum, sind von sofort oder später billige Wohnungen von 1 u. 2 Stuben nebst Küche und Zubehör zu vermieten. 39452
Kaufstraße 9
1 schöner gr. Laden mit Wohnung, zu Grünraum- u. auch Postamentiergesch., so gleich zu vermieten. 1841b
Möbl. Schlafst. Adalbertstr. 34. Wm. Gsch.
Möbl. Schlafst. f. 1 Hrn. sof. z. v. (sep.) Wöckstr. 51 a. Part. G. III. b. Hof. Pr. 69M.
Frdl. Schlafst. f. G., sep. Eing., b. Gsch. Neue Schönhauserstr. 16. P. L. 2 Tr.
Schlft. f. G. sep. Gg. Waldemarstr. 54. v. p. r.

Arbeitsmarkt.
Uniform-Rockarbeiter
auf dauernde Beschäftigung noch auswärtig verl. Zu melden von 10-1 bei Ernst Berend & Co., Spandauerstr. 59/61.
Mechaniker
auf Nähmaschinen, mit sämtlichen Systemen vertraut, verlangt Hahn, Prenzlauerstr. 20. 2416
Kellere tüchtige Feinmechaniker werden gesucht von Reiniger, Gohbert & Schall, Erlangen.

Chinesische Zustände.

Hauptmann von Hannelen, der während des ostasiatischen Krieges als militärischer Instrukteur in China tätig war, hat dieser Tage im Zentralverein für Handelsgeographie einen Vortrag über die Aussichten der deutschen Industrie in China gehalten. Herr v. Hannelen kommandierte im Kriege eine Zeit lang die chinesische Nordflotte, wurde in der Schlacht am Jalufluß mit dem Admiralschiffe in die Luft gesprengt und nach vierstündigem Kampfe mit den Japanern, währenddem die Japaner unaufhörlich auf ihn und die übrigen, die sich durch Schwimmen zu retten suchten, schossen, endlich geborgen. Da die Ausführungen dieses Kenners chinesischer Verhältnisse dazu angethan sind, die in Deutschland umlaufenden Vorstellungen von den chinesischen Zuständen vielfach zu ergänzen und zu berichtigen, so geben wir hier nach einem Bericht der „Voss. Zig.“ den wesentlichsten Inhalt von Herrn v. Hannelen's Ausführungen wieder:

Wenn man in Europa meinte, der Mißerfolg des Krieges müsse den Chinesen die Augen geöffnet und europäischen Einflüsse den Weg gebahnt haben, so täusche man sich gründlich. Ganz im Gegenteil sei China im Augenblicke entschlossener als je, die namentlich durch Li-Hung-Tschang angebahnten Reformen wieder zu nichts zu machen und sich völlig gegen das Ausland abzusperren. Gerade jene Reformen haben, so meint der orthodoxe Chinese, den Mißerfolg bewirkt. Man müsse dabei bedenken, daß der Krieg, wenn man von den Kämpfen bei Wei-Hai-Wei absteht, das eigentliche China gar nicht berührt hat, und daß der Chinese nichts von den Niederlagen Chinas weiß, vielmehr nach wie vor der unerschütterlichen Ueberzeugung lebt, es gebe außer China nichts und China sei unter allen Umständen zur Welt Herrschaft berufen. Bei der Scheinexistenz der sogenannten Regierung, der Dezentralisation der Gewalten und der eigenthümlichen Organisation der chinesischen Kriegsmacht besitze eigentlich jeder Gouverneur oder jeder höhere militärische Gewalthaber eine Art von Privatarmee, und bei der Eifersucht aller jener kleinen Potentaten untereinander sei eine eigentliche chinesische Kriegsmacht gar nicht zur Entfaltung gekommen. Anfangs habe Li-Hung-Tschang den Krieg mit seinen Privattruppen geführt. Seine Niederlagen aber hätten keineswegs einen allgemeinen Wetteifer, ihn zu unterstützen, herbeigeführt, wie das doch anderwärts erfolgt wäre. Im Gegenteil hätten sie überall die größte Schadenfreude hervorgerufen. Li-Hung-Tschang konnte natürlich diese Stimmung. Er hatte deshalb auch von vornherein vermeiden wollen, die Unterstützung seiner persönlichen Gegner in Anspruch zu nehmen, war aber dabei der ebenfalls echt chinesischen Untugend, der Unterschätzung der Japaner zum Opfer gefallen. Seine Unterbeamten und Generale, an die Beförderung gewöhnt, daß seine Machtstellung doch nur eine vorübergehende sei, führten seine Befehle nur widerwillig oder gar nicht aus. So verweigerte die Südflotte ihre Mitwirkung unter dem Vorwande, sie sei zur Verteidigung der Südhäfen unentbehrlich, während doch damals diese Häfen für die Kriegsführung noch gar nicht in Betracht kamen. Die Nordflotte wiederum war niemals recht kriegsbereit. Der Arsenaldirektor von Port Arthur hatte sein Arsenal vollständig verlassen lassen, so daß die dort vorhandenen Materialien ganz unbrauchbar waren. Er wurde dafür zu „fünfjähriger Todesstrafe“ verurtheilt, das heißt, er kommt sieben Jahre lang auf die Liste der Todeskandidaten. Diese Liste wird dem Kaiser zweimal im Jahre vorgelegt und der Kaiser berührt dann mit einem rothen Pinsel nach Gutdünken einen oder zwei Namen, an deren Trägern die Strafe durch Köpfen oder Erdrosseln vollstreckt wird. Hat jener das Glück, während der sieben Jahre diesem Gescheh zu entgehen, so ist er frei.

Bezeichnend für die Anschauungen, die der Chinese über den Zweck moderner Verkehrsmittel hat, ist folgende Geschichte: Die Telegraphen-Linie nach Port Arthur war fertig und sollte dem Verkehr übergeben werden; da traf kurz zuvor ein Telegramm an den Oberpräsidenten des Direktors ein. Der Direktor war zufällig im Bureau, ebenso der Vortragende. Der Direktor wußte, daß eine so untergeordnete Kreatur wie ein Oberpräsidentenmittel des Telegraphen bedient werde, und trotzdem Herr v. Hannelen ihn zu überzeugen suchte, daß der Mann außer Schuld und alles in Ordnung hergegangen sei, weil die Depesche regelrecht bezahlt und an einer bereits dem Verkehr geöffneten Station aufgegeben war, so wurden dem bedauernden Adressaten fünfzig Liebe aufgezählt, dem Absender aber, der ebenfalls Oberpräsidentenmittel und ein Verwandter des ersten war, auf telegraphischen Befehl des Direktors gar hundert. Diese unglücklichen Verhältnisse erklären sich sehr einfach aus der Art des chinesischen Beamtenthums, das lediglich aus bürokratischen „Literaten“ besteht. Es giebt nur ein Studium im Reiche der Mitte, das der altchinesischen Literatur und Philosophie. Nur das nach diesem Studium zurückgelegte Examen berechtigt zur Beamtenlaufbahn, aber auch zu jeder beliebigen und steht jedem Chinesen offen. Der Literat ist der Abgott seiner Familie und in seinem Bereiche allmächtig. Er wird in bunter Folge nacheinander Landrath, Offizier, Steuerbeamter, Diplomat, Techniker, Richter oder was sich sonst gerade bietet. Diese alles beherrschende Klasse ist naturgemäß jedem Fortschritt im eigenen Interesse abhold, und der jetzige mächtigste Mann Chinas Wen-tung-ho, Lehrer und Leiter des Kaisers, ist das Urbild eines reaktionären Literaten.

Auf das Gebiet der politischen Spekulation wollen wir Herrn v. Hannelen nicht folgen. Den deutschen Kaufleuten rath er zu Unternehmungen in China. „Der Chinese denkt bei allem Nationalhochmuth und allem Widerstreben gegen Fremdes doch in Geldsachen ein unbegrenztes Vertrauen zum Europäer, und chinesisches Geld werde sich unter europäischer Führung leicht flüssig machen lassen.“ Bei näherer Bekanntschaft mit europäischen Geschäftsmännern wird der Chinese dieses unbegrenzte Vertrauen wohl bald einbüßen.

Soziale Ueberblick.

Ueber die Zentralfelle für Arbeitsnachweis in Württemberg, die vom „Vorwärts“ schon ausführlich besprochen ist, veröffentlicht das württembergische Ministerium des Inneren folgende Bekanntmachung:

„Um die Thätigkeit der einzelnen, mit der Vermittlung des Arbeitsnachweises betrauten kommunalen Arbeitsämter, wie sie bis jetzt für die Städte Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Cannstatt, Göttingen und Ravensburg bestehen, in Zusammenhang zu bringen und dadurch für Arbeitgeber und Arbeiter möglichst fruchtbringend zu gestalten, ist neben der Anbahnung eines telephonischen Verkehrs unter den Arbeitsämtern Einleitung dahin getroffen worden, daß vom 1. Januar 1896 an Nachweise über die bei den einzelnen Arbeitsämtern nicht befriedigten Nachfragen nach Arbeitern am Mittwochs- und Sonnabend jeder Woche durch eine mit dem städtischen Arbeitsamt zu Stuttgart verbundene Zentralfelle an die Gemeindebehörden der Oberamtsstädte, der anderen Gemeinden mit mindestens 3000 Einwohnern und solcher Gemeinden, für welche dies noch weiter gewünscht wird, verlanzt werden. Diese Nachweise, welche jeweils die nicht gedeckten

Nachfragen nach dem Stand des Tages ihrer Ausstellung enthalten, sind dazu bestimmt, durch öffentlichen Anschlag zur Kenntniß der stellungsuchenden Arbeiter gebracht zu werden, welche dadurch Gelegenheit erhalten, sich an das nächstgelegene Arbeitsamt um Vermittelung zu wenden.“

Ein Schlafraum für 46 Personen. Aus Wien wird vom 19. d. Mts. berichtet: Ein florentinischer Arbeiter, Martin Massaj, stand heute vor einem Erkenntnißsenate des Landgerichts. Er besorgte während des letzten Sommers und Herbstes zugleich mit 45 anderen Personen Feldarbeiten auf einer graslichen Wäschung in Gerbass. Am 24. Okt. kamen seinem Vorgesetzten, dem Partiführer Adam Pollagel, aus seinem Zimmer 50 fl. abhanden. Dieses Gemach steht an den gemeinsamen Schlafsaal der Arbeiter. In der Nacht nahm man nun wahr, daß Massaj Geld zählte, den Saal verließ und einige Zeit fern blieb. Am Morgen des nächsten Tages entdeckte Pollagel den Abgang des Geldes. Die Umgebung des Hauses wurde durchsucht und nun fand man im Erdreich nächst einer Brücke das gestohlene Geld vergraben. Massaj kam in Verhaft, der Dieb gewesen zu sein. Der schwerste der Verdachtsgründe, die gegen ihn vorlagen, bestand darin, daß er im Schlafsaal während der Nacht Geld gezählt hatte. Als dies ihm vorgehalten wurde, antwortete er: „Ich werde doch nicht so dumm sein, vor 46 Personen Geld zu zählen!“ Man ersah nun, daß nicht weniger als 46 Arbeiter, und zwar Männer und Frauen, in einem Gemache auf Stroh gebettet schlafen. „Wie groß ist das Zimmer?“ fragte der Präsident, Landgerichtsrath Böhm, den Angeklagten. — „Kleiner als dieses!“ erwiderte Massaj, auf das dreifache Verhandlungszimmer zeigend. Dem Angeklagten konnte die Schuld nicht nachgewiesen werden, er wurde freigesprochen. Da stellte es sich heraus, daß er nicht wisse, wie er heimkommen könne. Er hatte keinen Kreuzer Geld bei sich, da seine Verhaftung erfolgt war, noch bevor er seinen Lohn hatte entgegennehmen können.

Der Fall zeigt wieder, wie wenig man sich in den herrschenden Klassen um das Wohl und Wehe der Arbeiter kümmert.

Fabrikinspektion in Frankreich. Der französische Minister für Industrie und Arbeit hatte vor einiger Zeit an die sogenannten „Inspecteurs de travail“ eine Anweisung gerichtet, in der er sie aufforderte, in ihren persönlichen Umgängen mit den Arbeitern durchdringend zu sein, daß es dem Staate mit dem Arbeitersinn wirklich ernst sei; in einer weiteren Aufforderung hatte er verlangt, daß die Fabrikinspektoren die Beschwerden der Arbeiter genau prüfen und die Arbeiter selbst nach ihren Lebensverhältnissen, ihrem Lohne, ihrer Arbeitszeit u. s. f. fragen sollten. Durch diese doch wahrlich selbstverständlichen Forderungen hat sich der Minister den Zorn der Bourgeoisie zugezogen, die ihn durch ihre berufenen Vertreter im Senat zur Rede stellen ließ; die Anklage war in die Form einer Interpellation gekleidet und enthielt das unzweideutige Mißvergnügen der Großkapitalisten über die rollenwidrigen Seitenprünge des Staatsmannes. Nach einer energischen Verteidigung wurde ihm mit Ach und Krach ein Vertrauensvotum bewilligt.

Ein grauenhaftes Bild kapitalistischer Ausbeutung entwirft eine russische Wochenschrift. Die Beschreibung bezieht sich auf eine russische Zuckerraffinerie, wo ungefähr 1000 Personen arbeiten. Es wird zwölf Stunden den Tag gearbeitet und die Zahl der Arbeitsstage im Monat beträgt dreißig, denn Feiertage giebt es nicht. Fast auf der ganzen Fabrik herrscht eine ungewöhnlich hohe Temperatur. Es wird deshalb in kalten Zuständen gearbeitet, nur eine Schürze vorgetragen und der Kopf mit einer Papiermütze bedeckt. In einigen Abtheilungen, wie beispielsweise in den Kammern, wo die mit Metallformen beladenen Wägelchen gebracht werden, ist ungeheure Hitze. Diese Hitze ruft im Organismus der Arbeiter eine derartige Veränderung hervor, daß sie in den Kammern, in denen sie ihre Wohnstätten haben, eine Temperatur unter dreißig Grad (C) nicht ertragen können. Die Arbeit in diesem Zustande erdrikt natürlich jegliches Schamgefühl. Die nackten Männer arbeiten in derselben Abtheilung mit halbbekleideten Frauen. Die schweren Arbeiten und die mit Zuckersaure angefüllte Luft heben auf den Zuckerassurieren die Entwicklung einer besonderen Krankheit zur Folge, die sich in dem Ausbruch großer Geschwüre und Wunden äußert. Mit dieser Krankheit befallen, stehen die Armen in dem heißen Zuckersand, der den ganzen Fußboden bedeckt. Dieser Sand wird ausgelegt und zum Weichmachen des Zuckers verwendet! Eine gesundheitliche Aussicht giebt es nur auf wenigen Fabriken. Man sollte meinen, schreibt das bürgerliche deutsche Blatt, dem wir diese Uebersetzung entnehmen, daß den Russen bei solchen Zuständen der Appetit auf den eigenen Zucker vergehe!

Ob die Arbeitsverhältnisse in den Zuckerraffinerien Deutschlands so sehr viel besser sind, daß wir Deutsche das Recht hätten, uns über die Russen hochheben zu dürfen?

Gewerkschaftliches.

Sämtliche Mitgliedschaften von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Streiks, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Die Schuhfabrik von Eichbaum u. Comp. in Mainz, deren schwarze Liste neulich vom „Vorwärts“ prompt veröffentlicht und gebührend gekennzeichnet worden ist, hat unversehens ein zweites Zirkular an die deutschen Schuhfabriken gerichtet, in dem allerdings schon ein ganz anderer Ton herrscht. Es hat folgenden Wortlaut:

Schuhfabrik Eichbaum u. Co. Mainz.

Unter höflicher Begnugung auf unser neulichs Rundschreiben theilen wir Ihnen mit, daß die Arbeiterbewegung in unserer Fabrik in eine neue Phase eingetreten ist, indem ein Theil der Stepperrinnen ordnungsmäßig gekündigt hat. Es bleibt uns infolge dessen nichts anderes übrig, als auch andere Arbeiter zu entlassen und da auf diese Weise das Arbeitsverhältnis von beiden Seiten ordnungsgemäß gelöst wurde, so haben wir hiermit das in unserem neulichs Rundschreiben ausgesprochene Verlangen (binnen drei Monaten seinem unserer Arbeiter Beschäftigung zu gewähren) auf und bitten von der eingekündigten Liste (unserer Arbeiter) keine weitere Notiz zu nehmen.

Hochachtungsvoll

Eichbaum u. Co.

So das Zirkular! Inzwischen hat sich die Firma die Sache aber doch anders überlegt. Als sie nämlich die entschlossene Haltung ihrer Arbeiter sah, da entließ sie nicht nur keinen Arbeiter, sondern sie beilegte sich, den von ihren Stepperrinnen aufgestellten Lohnstarif mit unwesentlichen Veränderungen anzunehmen, den sie noch vor wenig Tagen brüsk zurückgewiesen hatte.

Im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß zogen darauf sämtliche Arbeiterinnen ihre Kündigung zurück, in einer öffentlichen Schuhmacherversammlung wurde die vorläufige Beilegung der Differenzen verkündet und die Sperre über die Fabrik aufgehoben.

Die Mainzer Banarbeiters haben an die dortige Bürgermeisterei und das Stadtverordnetenkollegium eine Petition ge-

richtet um Erlass eines Ortsstatuts über Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter und zur Verhütung von Unglücksfällen. Die Stadtverordneten haben die Petition ihrem Bauausschuß zur Berathung überwiesen.

Aus New-York wird uns geschrieben: In der letzten Sitzung der Zentral-Labor-Federation wurde mit stürmischem Jubel die Nachricht begrüßt, daß die Gründung einer auf dem Boden der neuzeitlichen Arbeiterbewegung stehenden nationalen gewerkschaftlichen Zentralorganisation im Werke sei und schon 15 fortschrittlich gesonnene lokale Zentral- sowie National-Organisationen sich bereit erklärten, dieser beizutreten. Die neue Organisation wird den Namen „Socialistic Labor Alliance of the United States and Canada“ führen und wahrscheinlich im Januar ihre erste Generalversammlung abhalten.

Verksammlungen.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmänner nahen in ihrer Versammlung bei Jubel am 19. Dezember den Bericht des Arbeitsnachweises-Vorstandes entgegen. Danach wurden erledigt im 4. Quartal 98 Auftragsträge mit einem Gesamtlöhne von 2951,70 M., wofür rund 400 Stellen zu besetzen waren. Die Beschwerden über ungenügende Misset hätten abgenommen; gerügt sei worden, daß Musiker bei Festlichkeiten Getränke forderten. Obgleich die Auftragsträge beim Nachweis bedeutend zugenommen hätten, würde doch die Aussicht auf genügende Beschäftigung für das einzelne Mitglied immer geringer, da der Eintritt von Beschäftigungslosen in die Vereinigung bedeutender sei als die Steigerung der Aufträge. Zum Vorsteher des Arbeitsnachweises wurde Bräutigam gewählt. Er hat die Aufgabe, musikalische Aufträge unter Hintansetzung seiner Person anzunehmen und unter den Mitgliedern gleichmäßig zu vertheilen; er darf sich auch nicht zur Leitung von Musikaufführungen seitens der Auftraggeber „wünschen“ lassen. Die Frage über die gewerblich rechtlose Stellung der Musiker soll in öffentlicher Versammlung erledigt werden.

Im Verein Berliner Schuhmacher wurde man sich in der letzten Zusammenkunft einig, daß in den nächsten Sitzungen die neuen Statuten vorgelegt werden sollen. Eine Angelegenheit der Kollegen Banne und Müller (Königsberg) verspricht sich baldigst zu erledigen.

In einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands sprach am 22. Dezember Silberstein über das Thema: „Unsere wirtschaftliche Lage“. Er führte u. a. aus, daß die Berliner Maurer vor 10 Jahren, als sie in den 1880er Streik traten, von einem ganz anderen Geist befeuert waren, als heute. Wenn damals eine Versammlung in der Tonhalle oder in Sanssouci angefangen war, so seien die Maurer aus allen Stadien Berlins in solcher Menge erschienen, daß es wie eine Völkerwanderung anzusehen gewesen wäre. Heute dagegen ließen sie abgestumpft, interesselos herum. Mitleid man sie einmal aus dem Schlaf, so entschuldigten sie sich damit, daß ihre Forderungen im 88er Streik nicht vollständig zur Geltung gekommen seien und daß habe alles an der damaligen Führung gelegen. Dem wäre entgegengehalten, daß damals die Führung zwar nicht die Letzte gewesen sei, aber dabei habe es sich doch nur um einzelne Personen gehandelt, während die Hälfte der Kollegen, die für den Generalstreik gestimmt hätten, gleich den Tag darauf weiterarbeiteten, also den Streik brach und dadurch einen größeren Erfolg der Bewegung unmöglich machte. Der Redner schilderte dann die ähnen Zustände, die jetzt, wie die kürzlich veröffentlichte Statistik zeigt, im Berliner Baugewerbe herrschen; die Maurer Berlins dürften ihnen nicht länger mit gekrümmten Armen zusehen, zumal die Konjunktur sich zu bessern beginne. Zum Beweise, daß durch energisches Vorgehen auch heute etwas zu erreichen ist, führte Silberstein an, daß man auf 14 Neubauten im Westen und der Umgegend Berlins, wo bisher 50 Pfd. Stundenlohn gezahlt worden war, die Forderung nach 55 Pfd. Stundenlohn anstandslos bewilligt hat, sobald die Maurer ihr Ziel ohne Arbeits Einstellung erreicht. Nur auf dem der Strauß'schen Altien-Gesellschaft gehörigen Bau in der Potsdamerstraße sei es zur Arbeitsniederlegung gekommen. Ursache dessen sei aber lediglich das rücksichtslose Auftreten des Poliers Maus gewesen, denn die Strauß'sche Gesellschaft hätte sich den neu eingestellten Kollegen entgegenkommend gezeigt und ihnen 55 Pfd. Stundenlohn gezahlt. An diesen Beispielen zeigte der Redner, daß nur Einmüthigkeit und geschicktes Auftreten der auf einem Bau arbeitenden Maurer nöthig ist, um mit Forderungen Erfolg zu haben, und erklärte hierbei, daß man sich soviel wie möglich bescheiden werte, mit der lokalen Richtung Fühlung zu halten, falls es zu einer Lohnbewegung kommen sollte. Vor allen Dingen sei es nun Pflicht der Verbandskollegen, daß sie nach Weihnachten, wo sie drei Monate lang von den Beiträgen befreit sind, fleißig in die Sammelkassen zeichnen; die Listen für den Generalfonds der deutschen Maurer dürften auf keinem Bau fehlen, denn eine Lohnbewegung koste Geld; unter Umständen sei für tausende von Kollegen Unterstützung nöthig, da dürfe man nicht erst, wenn man schon in die Bewegung eingetreten sei — wie es in Berlin von jeher Sitte gewesen wäre — mit dem Sammeln beginnen. Das sei dann zu spät. Der Zentralverband habe sich's deshalb zum Prinzip gemacht, dafür zu sorgen, daß vor Beginn einer Lohnbewegung ein leistungsfähiger Fonds vorhanden ist. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Redner in der sehr regen Diskussion sprachen alle im Sinne des Referenten. Es wurde dann eine Resolution angenommen, worin sich die Versammlung entschieden gegen das Auftreten des auf dem Bau in der Potsdamerstraße beschäftigten Maurers Maus wendet und die Meinung ausspricht, daß der Bund der Maurerpoliere Berlins Remedur zu schaffen hat, indem er seinen Mitgliedern eine Direktive dahin giebt, daß die Maurer auch Menschen sind und in jeder Beziehung auch als solche behandelt werden müssen. Einer Anregung, diese Resolution dem Bund der Maurerpoliere zu übermitteln, wurde nicht Folge gegeben, weil man der Ansicht war, daß durch den Bund doch nichts zu erreichen sei, da er nicht einmal in der Lage wäre, seinen Mitgliedern einen einheitlichen Lohn zu verschaffen. Die organisierten Poliere würden sich schon hüten, einem ihrer Kollegen für sein schnelles Auftreten gegen die Gesellen eine Rüge zu erteilen, trotzdem sie ja auch bloß mit Hammer und Kelle groß geworden seien und der Willkür des Unternehmervethums ebenso ausgesetzt wären wie die Gesellen, z. B. auch alle Tage den Feierabend zu erwarten hätten, wenn sie nicht fortwährend mit dem Spatenhieb hinter den Gesellen ständen, um sie anzutreiben. In seinem Schlusswort ermahnte der Referent die Kollegen, thätig für den Verband zu agitieren und ihm mehr Mitglieder zuzuführen als bisher. Auch legte er den Versammelten ans Herz, wenn es einmal zu einer Lohnbewegung kommen sollte, sich die Leute, die sie mit der Führung des Streiks betrauen wollen, ja recht genau anzusehen, ob diese auch fähig sind, einen derartigen Posten zu bekleiden; heute, wo das Unternehmervethum gut organisiert sei und die Rechtprechung sich verändert habe, müßten auch die Maurer mit anderen Verhältnissen

